

BULLETIN

NUMMER 2 | JUNI 2017



Parteipolitik - Linksdrahl der Rechtsparteien *
Kantonsrat - Kein TiSA in Zug *
Grünspecht - Von Wahrheit, Lüge und Ehre *
* 14 Energiewende - Es geht um die Zukunft *
* 22 Tomorrow - Vom Film zur Aktion *

2

3 Editorial

Die Menschenwürde verteidigen

4 Parteipolitik

Linksdrall der Rechtsparteien

6 Kantonsrat

Menschenrechte einhalten!

7 Kantonsrat

Kein TiSA in Zug

8 Transparenz-Initiative

Wer bezahlt diese Kampagne?

9 GSoA-Initiative

Mein Geld führt Krieg

10 Regierungsrat

Integration ist Knochenarbeit

12 Flucht

Endlich angekommen

13 Grünspecht

Von Wahrheit, Lüge und Ehre

14 Energiewende

Es geht um die Zukunft

17 Bahnkonzept

Mehr Hirn, weniger Beton

18 Wohnen

Leben im Cluster

20 Junge Alternative

Green Earth Festival

22 Tomorrow

Vom Film zur Aktion

Foodwaste – Foodsharing

Repair Café

25 Frontal

26 Service

Präsidium

Kino

Veranstaltung

Adressen

Impressum

Umschlagbild:

Umschlagbild: Repair Café

«Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – Grünes Forum Hünenberg

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

Redaktion und Herausgeberverein

«Das BULLETIN»

Die Menschenwürde verteidigen

Anna Lustenberger, Präsidentin Alternative – die Grünen Baar

«Zur Würde des Menschen gehört die Achtung seines Lebens und die Wahrung seiner Integrität und Person.» Das Zitat von Gringo Cardia habe ich im Rotkreuzmuseum Genf gelesen. In diesem Museum ist dem Themenbereich «die Menschenwürde verteidigen» eine Dauerausstellung gewidmet. Carla Del Ponte berichtet in einer Videobotschaft, wie schwierig es ist, den Menschen die Würde wiederzugeben, wenn sie ihnen genommen worden ist. Zusammen mit Austauschschülerinnen aus Finnland, der Türkei und China besuchte ich diese Ausstellung – wir waren alle beeindruckt und auch oft betroffen. Denn wir wissen, es geht nicht um früher, es geht um hier und heute. Überall, auch in der Schweiz.

Die SVP stellte für das Parteienforum im «Zugerbieter» die Frage, ob die Ängste und Sorgen der Bevölkerung ernst genommen werden, wenn in einer geplanten Siedlung in Baar rund 100 Asylsuchende untergebracht werden sollen. Die Partei verweist auf 55 Polizeieinsätze im Bundesasylzentrum Gubel. Der Gubel beherbergt Menschen mit eher wenig Aussichten auf Asyl. Es ist also ein ganz anderes Zentrum als das in Baar geplante, für Menschen mit einer Bleibeperspektive. Für mich ist die Bezugnahme undifferenziert und bedeutet, mit Vorurteilen Stimmung zu machen.

Flüchtlingen pauschal ein abnormes oder kriminelles Verhalten unterstellen; Wird damit diesen Männern, Frauen und Kindern nicht bereits ein grosser Teil der Menschenwürde genommen? Aber – es gibt zum Glück die andere Seite: Es gibt viele Menschen aus anderen Kulturen, die alles daransetzen, sich zu integrieren und unsere Sprache zu lernen, oft mit

grossen Eifer. Zusammen mit anderen Freiwilligen des Baarer Asylnetzes führen wir ein Sprachen-Café. Einmal wöchentlich treffen wir uns im Pfarreiheim Baar. Es sind Frauen und Männer aus verschiedenen Ländern, die hier versuchen, sich eine neue Heimat aufzubauen. Sie möchten nicht nur die Sprache üben, sondern viele sind interessiert an unseren Sitten und Bräuchen. Sie erzählen gern von ihren Ländern; Dabei leuchten ihre Augen und sie freuen sich, dass man Interesse für sie zeigt.

In meiner beruflichen Tätigkeit als Leiterin einer Gruppe «Mutter und Kind lernen gemeinsam Deutsch» ist es nicht nur die Sprache, die ich spielerisch mit Kindern und Müttern übe, nicht nur das Erklären des Schulsystems, sondern ich kann mit ihnen unsere Traditionen erleben. Im Gegenzug erzählen sie mir von ihrer früheren Heimat. Als Kursleiterin in einem Ausbildungskurs für Frauen mit Migrationshintergrund zur Kinderbetreuerin/ Spielgruppenleiterin erlebe ich engagierte Frauen aus Syrien, Eritrea, Sri Lanka oder Indonesien, die mit grossem Eifer lernen wollen. Wenn es dann um Werte und Normen in der Kindererziehung, in der Familie, ja in ihrem ganzen Leben geht, realisieren wir, dass diese bei allen fast die gleichen sind. Nur ein kleiner Teil

macht die eigene (für uns manchmal fremde) Kultur aus, aber gerade diese soll gewahrt werden.

Den Menschen würdevoll begegnen, ist für mich sehr wichtig. Es geht darum, Ihnen die Menschenwürde zu lassen, sie nicht gegen Vorverurteilungen verteidigen zu müssen. Nur so können sie sich bei uns integrieren. Diese Menschen sollen merken, dass sie nicht unerwünscht sind, dass wir sie nicht nur als Gefahr für Schweizerinnen und Schweizer sehen. Und ich bin froh, dass es viele Menschen in Baar, im Kanton Zug, in der Schweiz gibt, die ihnen respektvoll begegnen, die Verständnis für ihr Anderssein aufbringen können, die ihnen ihre Würde lassen – sie lassen sie uns nämlich auch. ■



Linksdrall der Rechtsparteien

Philippe Koch, Dozent für Stadtforschung ZHAW

4 Irritiert stellt man seit einigen Jahren fest, dass rechtspopulistische Parteien in Europa – zumindest im Wahlkampf – linke politische Positionen einnehmen. Ist diese Positionsverschiebung nur Ausdruck wahlstrategischer Überlegungen oder geht sie tiefer? Und was bedeutet das für die Linke?

Rechtspopulistische Parteien sind nicht nur in Europa seit rund zwanzig Jahren im Vormarsch. Bei allen national gefärbten Eigenheiten und offensichtlichen Differenzen verbinden diese Parteien einerseits die scharfe Rhetorik gegen die Elite und andererseits die Überhöhung eines einstmals vermeintlich geeinten, homogenen und unabhängigen Volks. Neu und zur grossen Verwunderung vieler lassen diese Parteien neu auch ökonomische Positionen anklingen, die man gewöhnlich von Parteien auf der Linken erwarten würde: Marine Le Pen hat im Wahlkampf immer wieder den wirtschaftlichen Ultraliberalismus kritisiert und einen starken Staat als Lösung für die zunehmende Ungleichheit proklamiert. Immer mehr rechtspopulistische Parteien – von der Freiheitspartei Geert Wilders über die UKIP bis zur FPÖ von Hofer – inszenieren sich als letzte Verteidigerinnen der heimischen Arbeiterklasse. Der Wahlsieg Trumps ist das wohl verwirrendste, aber sicher nicht letzte Kapitel dieser politischen Positionsverschiebung.

Der Rechtsdrall der Arbeiterklasse

Die neuen Töne aus dem rechtsnationalen Lager sollten nicht für bare Münze genommen werden, auch wenn sie irritierend sind. Denn einmal gewählt, neigen rechtspopulistische ParlamentarierInnen kaum zu arbeitnehmerfreundlicher Politik. Und wenn doch, dann immer auf Kosten der AusländerInnen. Die SVP ist hierfür das beste Beispiel. Umso wichtiger also, dass linke Parteien ihre eigene wirtschaftspolitische Agenda nicht anzuzweifeln beginnen, nur weil die Rechte einige Positionen übernommen hat. Nur weil

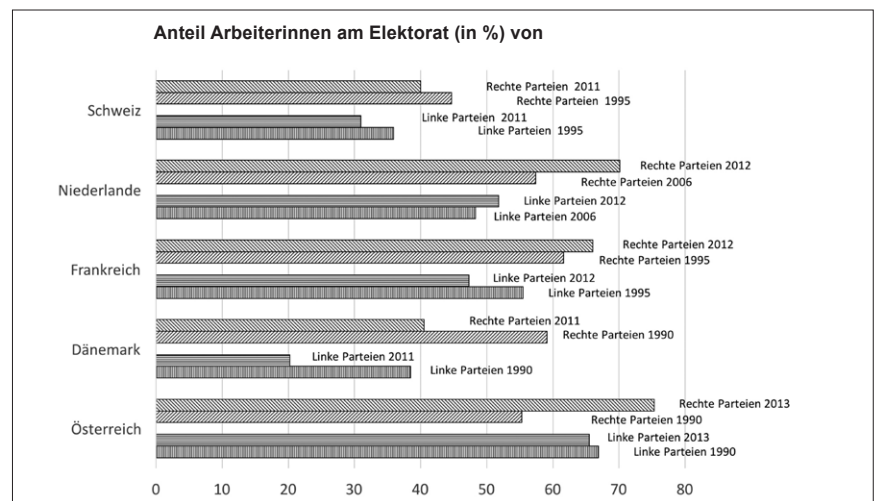
der neue Präsident der USA Freihandelsabkommen kritisch hinterfragt oder platzen lässt, heisst dies ja noch nicht, dass die Linke plötzlich diese Abkommen befürworten muss. Was aber tatsächlich zu Besorgnis Anlass geben muss, ist, dass die traditionelle Verbindung zwischen ArbeiterInnen – und damit meine ich all jene Erwerbstätigen im Industrie- und Dienstleistungssektor, die wenig qualifizierter Arbeit nachgehen, wenig verdienen und schlechte Arbeitsbedingungen haben – und linken Parteien immer schwächer wird. Neuste Forschungsarbeiten zeigen, dass 60–75 Prozent aller rechtspopulistischen Stimmen in Österreich, Frankreich, den Niederlanden und Grossbritannien von ArbeiterInnen kommen. Auch in Dänemark und der Schweiz sind ArbeiterInnen bei den WählerInnen rechter Parteien übervertreten. Was ist geschehen? Meine These ist, dass der Linksdrall der Rechten seine Vorgeschichte im Rechtsdrall der Linken hat.

Das Ende der Geschichte

Als der Harvard-Professor Francis Fukuyama zu Beginn der 1990er-Jahre das Ende der Geschichte verkündet hat, schien es tatsächlich so, also ob der Siegeszug des demokratischen Kapitalismus nicht mehr aufzuhalten sei. Mit dem Ende der Geschichte meinte Fukuyama primär, dass die Systemfrage geklärt sei. Kapitalistisch organisierte Demokratien hätten sich durchgesetzt, alle anderen Alternativen sich als nicht durchsetzungsfähig erwiesen. Der politische Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus löste sich mit dem Fall der Berliner Mauer auf und damit auch die klare Struktur des politischen Raums: Die Kennzeichnung «Links» und «Rechts» schien immer weniger Sinn zu ergeben.

Linke Positionssuche mit Folgen

In den ersten Jahren nach dem Mauerfall hat sich die politische Desorientierung vor allem auf linker Seite gezeigt. Blairs «New Labour» und Schröders «Neue Mitte» – einige mögen sich zudem noch an das Gurtenmanifest hiesiger SozialdemokratInnen erinnern – galten als Versuch, eine neue politische Position für die Sozialdemokratie zu finden, die explizit Frieden schliesst mit dem

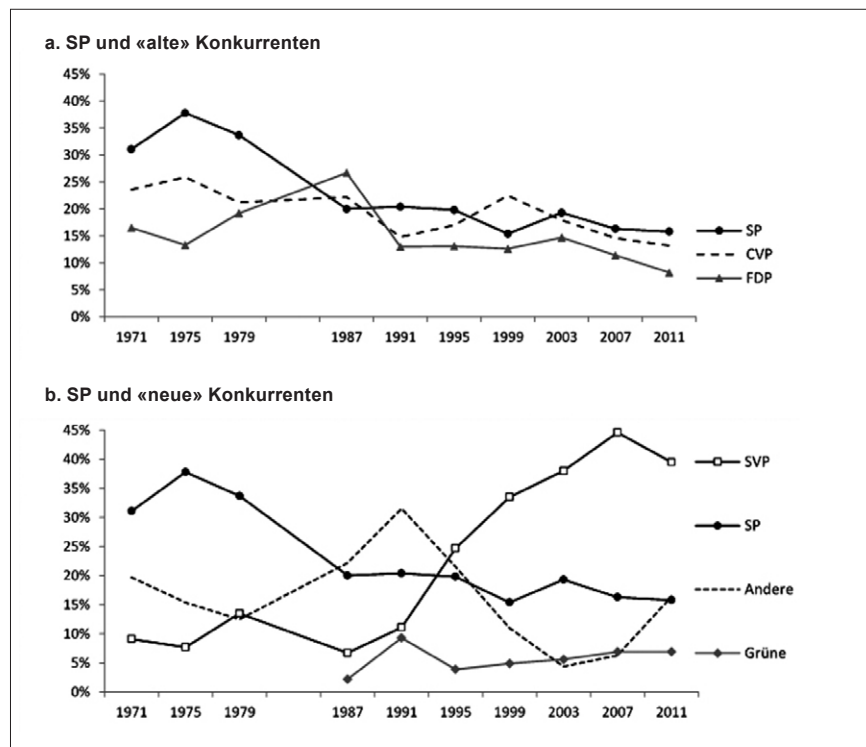


Anteil ArbeiterInnen am WählerInnenanteil der linken Parteien.

zunehmend globalisierten Kapitalismus. An der Urne führte der Schulterchluss mit den Konzernen kurzfristig zu Erfolgen. Der Preis war jedoch hoch. Nicht für Schröder oder Blair wohl aber für die ArbeitnehmerInnen in Deutschland und Grossbritannien: Zwar konnten Arbeitsplätze gesichert werden, aber die Löhne stagnierten, die gewerkschaftliche Organisation nahm ab, die Brüche und Unsicherheiten von Erwerbsbiografien zu. Einstmals gut funktionierende und solidarische von ArbeiterInnen dominierte Stadtviertel, etwa im Norden Englands, in den alten Industriegebieten Frankreichs oder im Ruhrgebiet in Deutschland erlebten eine durchgehende Entfremdung von staatlichen Institutionen und vor allem auch von der eigenen, sozialdemokratischen oder kommunistischen Partei. (Wunderschön schonungslos nachzulesen in Didier Eribons Buch «Rückkehr nach Reims».)

Die Verschiebungen

Dies blieb nicht ohne Folgen. Die ArbeiterInnenschaft hat sich zunehmend von «ihren» linken Repräsentanten abgewandt. Diese Abkehr ist nicht mit einem latenten oder manifesten Rassismus oder einer moralischen Verstocktheit gegenüber Homosexualität und Geschlechterfragen in der ArbeiterInnenschaft zu erklären. Es ist nicht die Ausweitung der Grundrechte für alle benachteiligten Bevölkerungsgruppen, für die die Linke sich einsetzt, die die ArbeiterInnen von den linken Parteien fernhält. Nein, es ist die Abkehr von einer konsequent linken Politik samt den personellen Veränderungen, die diese Abkehr in den Parteien zur Folge hatte. Viele ArbeitnehmerInnen sehen sich von linken Parteien nicht mehr repräsentiert, dies auch, weil sie diese Parteien verändert haben. Zugespielt provokant: Haben sich früher ArbeiterInnen in Parteien engagiert, um für Lohngleichheit zu kämpfen, werden nun Parteien von mehr oder weniger saturierten AkademikerInnen dominiert, die vornehmlich über die performative Kraft von Geschlechterrollen diskutieren. Oder wie es Niggi Scherr (38 Jahre Gemeinderat in der Stadt Zürich zuerst für die POCH und dann für die Alternative Liste) im Nachgang seines Rücktritts formuliert hat: «Die institutionalisierte Linke hingegen nimmt die eigene mittelständische Befindlichkeit als A und O. Wenn es meinem Milieu gut geht, dann ist die



Veränderung des ArbeiterInnenanteils am SP-Elektorat.

Welt in Ordnung. Dann braucht es nur noch genug vegane Restaurants und ein bisschen weniger Racial Profiling, damit ich mich moralisch gut fühle – aber dass die Apothekenhelferin am Helvetiaplatz 3800 Franken verdient ohne 13. Monatslohn, das kratzt mich nicht weiter.» Dies ist kein Votum gegen Anti-Diskriminierungspolitik. Sondern ein Aufruf, mit jenen Personen zusammenzuarbeiten, die konkrete Diskriminierung erleben – sei dies durch die Polizei oder am Arbeitsplatz.

Perspektiven

Seit dem eben nicht eingetretenen Ende der Geschichte hat es immer wieder progressive linke Politik gegeben, die zu Hoffnung Anlass bot. Die linken Erfolge in Südamerika (Venezuela, Brasilien, Ecuador, Bolivien) zeigten, dass umfangreiche Veränderungen zugunsten der Benachteiligten möglich sind. Die Erfolge waren aber zeitlich befristet. Entweder wurde die Linke – einmal an der Macht – korruptiert und hat sich selber abgeschafft. Oder sie wurde zu Kompromissen seitens des organisierten Kapitals gezwungen. Die transformative Kraft staatlich-institutioneller Politik ist innerhalb der geltenden kapitalistischen Ordnung begrenzt. Was aber diese Beispiele gemeinsam mit den neusten Entwicklungen auf linker Seite in Europa (u.a. in Spanien, Griechen-

land und in praktisch allen grösseren Städten auch in der Schweiz) aufzeigen, ist dass es neben einer inhaltlichen Neuausrichtung vor allem eine neue Art Politik zu betreiben braucht, um selbst deklarierten rechten RetterInnen der ArbeiterInnenklasse das Wasser abzugraben. Aktuelle linke politische Initiativen sind deshalb so erfolgreich, weil sie nah am Lebensalltag angesiedelt sind, weil sie dazu beitragen, dass Menschen sich beginnen selber zu organisieren, Solidarität wieder praktiziert wird. Es geht nicht darum, die Macht im Staat zu gewinnen; sondern die Lebenswirklichkeit der Menschen unmittelbar und gemeinsam zu verändern – mit oder ohne staatliche Unterstützung. (Dies bedeutet allenfalls neu und von links über Gemeindeautonomie und das Potenzial lokaler Politik nachzudenken.) Diese Art und Weise Politik zu praktizieren, sollte für sich ein Ziel linker Politik sein. ■

Quellenverzeichnis

- Seite 4:** Anteil ArbeiterInnen am WählerInnenanteil der linken Parteien: Alexandre Afonso und Line Rennwald, 2017, *The Far Right's Leftist Mask*, «Jacobin Magazine», <https://www.jacobinmag.com/2017/03/far-right-ukip-fn-welfare-immigration-working-class-voters/>
- Seite 5:** Veränderung des ArbeiterInnenanteils am SP-Elektorat: Line Rennwald und Adrian Zimmermann, 2016, *Der Wahlentscheid der Arbeiter in der Schweiz, 1971–2011. Social Change in Switzerland*. www.socialchangeswitzerland.ch/?p=721



Menschenrechte einhalten!

Anastas Odermatt, Kantonsrat Alternative – die Grünen, Steinhausen
Bild Bulletin

6 Mit Urteil von Ende April 2017 hat das Bundesgericht die Beschwerde einer afghanischen Familie gegen eine Verfügung des Amtes für Migration Zug gutgeheissen. Die Familie wurde getrennt voneinander inhaftiert und untergebracht, um ihre Ausschaffung sicherzustellen. Der Kanton Zug habe gemäss Bundesgericht im besagten Fall die Schwelle einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung im Sinne § 3 EMRK (Folterverbot) knapp noch nicht erreicht, aber § 8 EMRK (Privat- und Familienleben) klar verletzt.

Als Kantonsrat Andreas Lustenberger im Kantonsrat mittels zweier Vorstösse das Agieren des Amtes kritisierte, wurde er seitens bürgerlicher Fraktionen teils belächelt, teils heftig kritisiert, «es sei schon alles mit rechten Dingen zugegangen». Das Bundesgericht sieht's anders – «Klatsche» für Regierung, Verwaltungsgericht und Kantonsrat. Nicht weniger als alle drei Staatsgewalten fühlten sich im «Recht» – das Bundesgericht hat ihnen wider- und «Recht» gesprochen.

Folgekommunikation mit fahlem Nachgeschmack

In der Folgekommunikation durch die Sicherheitsdirektion wurde einerseits beschwichtigt im Sinne, dass das Bundesgericht den Aspekt des möglichen «Untertauchens» nicht beachtet habe. Das Bundesgericht habe also nicht alle Fakten in ihre Überlegungen miteinbezogen. Andererseits wurde festgestellt, dass es in der Schweiz keine Möglichkeiten gäbe für eine familiengerechte Unterbringung. Fahler Nachgeschmack: Dem Bundesgericht wird vorgeworfen, nicht alles beachtet zu haben (!?). Und es wird so getan, als könne man nichts dafür – alle Kantone hätten ja Mühe. So wird also bei uns umgegangen mit der Einhaltung von Menschenrechten.

Historische Errungenschaft des Menschseins

Die Entwicklung der Menschenrechtsidee, dass allen Menschen aufgrund ihres Menschseins universelle, gleiche Rechte zustehen würden, beruht auf historischen, oft grausamen Erfah-

rungen von der Antike bis heute. Aufgrund der unsäglichen Unrechtserfahrungen im 2. Weltkrieg wurden die Menschenrechte in völkerrechtliche Verträge verbrieft. Durch ihren Eingang in nationale Verfassungen haben sie den heute rechtlich einklagbaren Charakter erhalten. Die Menschenrechte sind eine ausserordentliche

Die grundlegende Einsicht ist wichtig

Eine der grössten Herausforderungen heute liegt in der Aufrechterhaltung dieser Idee der Menschenrechte. Es wird so getan, als wäre alles gut – die Menschenrechte würden eingehalten. Nein, wie wir aufgrund des Bundesgerichtsurteils feststellen müssen, ist dem nicht so. Und wenn man die Kommentarspalten zu Flüchtlingsthemen liest, dann muss man traurig erkennen, dass die grundlegende Idee, sein Gegenüber als Menschen anzuerkennen, akut gefährdet ist. Wenn diese grundlegende Einsicht nicht mehr da ist, dann wird es gefährlich – für den Einzelnen und für unsere Gesellschaft.



Menschenrechte stehen über allem – auch über dem Zuger Verwaltungsgericht.

Errungenschaft, die es hochzuhalten gilt. Sie entstanden nicht aufgrund von zufälligem Zuwachs von Sittlichkeit oder logischer Einsicht, sondern aufgrund krasser Unrechtserfahrungen. Den Unrechtserfahrungen zugrunde lag und liegt ein Aberkennen des Menschseins vom Gegenüber. Erst aufgrund der Aberkennung des Menschseins seines Gegenübers kann es Sklaven, tiefergestellte Frauen, Kinder und «Nichtbürger», oder minderbewertete Menschen aufgrund ihrer Religion oder Kultur geben.

Vorstoss der Kantonsratsfraktion

Die Kantonsratsfraktion der Alternativen – die Grünen hat einen Vorstoss eingereicht, in dem sie die Regierung auffordert, alle nötigen Massnahmen zu ergreifen, um zukünftige Menschenrechtsverletzungen zu verhindern und die Voraussetzungen für die dringend notwendige familiengerechte Unterbringung in Ausschaffungsfällen zu schaffen. Das Thema wird im Kantonsrat auf alle Fälle nochmals aufgearbeitet. ■

Kein TiSA in Zug

Andreas Lustenberger, Kantonsrat Alternative - die Grünen, Baar
Bild Christian Natiez

Die alternativ-grüne Fraktion im Kantonsrat hat ein Postulat eingereicht, welches Zug zur TiSA-freien Zone erklären soll. Auch wenn die Regierung dieses für nicht erheblich erklären will, ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

TiSA - hinter diesen vier Buchstaben verbirgt sich ein Abkommen, welches dereinst auf alle Bereiche unseres Lebens einen enormen Einfluss haben wird. Höchstwahrscheinlich jedenfalls, denn eigentlich wissen wir es noch gar nicht so genau. Denn das «Trade in Services Agreement», wie TiSA ausgeschrieben heisst, wird geheim und unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt. Was wir wissen: Es geht um den Handel mit Dienstleistungen. Um die Gesund-

von 50 Ländern, zu welcher auch die Schweiz gehört, ein neues Abkommen auszuhandeln: das TiSA. Die Verhandlungen zu TiSA laufen nicht unter dem Dach der WTO, sondern finden nur innerhalb der Koalition dieser 50 Länder statt. Sie nennen sich «very good friends of services» und treffen sich regelmässig in der australischen Botschaft in Genf. Die Legitimation dieser Verhandlungen steht auf sehr wackligen Beinen. Da die Verhandlungen geheim sind, haben wir



Das Handelsabkommen TiSA will den Service Public privatisieren. Bald auch in Zug?

heits- und Stromversorgung, um die Bildung, das Bankenwesen, um Informatikdienstleistungen, das Internet, Ladenöffnungszeiten, das Transportwesen, den Öffentlichen Verkehr und vor allem auch um alle zukünftigen Dienstleistungen. Der ganze heutige und zukünftige Service public wäre betroffen.

Verhandlungen hinter verschlossenen Türen

Die Verhandlungen zu GATS, dem WTO-Freihandelsabkommen über Dienstleistungen, sind 2011 gescheitert. Darauf beschloss eine Gruppe

nur sehr lückenhafte Informationen darüber, welche Auswirkungen TiSA haben wird. Anhand jener Punkte, welche bereits an die Öffentlichkeit durchgesickert sind, muss das Abkommen jedoch als Gefährdung für die Demokratie und die zukünftigen Handlungsspielräume der Politik angesehen werden.

1. Die Negativlisten: Die Verhandlungsstaaten erstellen Listen, auf denen alle Dienstleistungen aufgeführt sind, die nicht liberalisiert werden sollen. Was auf der Liste fehlt, wird automatisch dem freien

Markt übergeben. Neue Dienstleistungen, die wir heute nicht kennen, fehlen natürlich auf dieser Liste.

7

2. Ratchet-Klausel: Wenn eine Dienstleistung einmal für den Markt geöffnet wurde, kann diese Öffnung nie mehr rückgängig gemacht werden. Was dies bedeutet, zeigt das Beispiel der Wasserversorgungen in Paris und Berlin. Diese wurden an private Unternehmen verkauft, mit dem Resultat, dass die Preise enorm gestiegen sind und die Qualität der Dienstleistungen abgenommen hat. Aufgrund von Bürgerinitiativen hat man schlussendlich beschlossen, die Privatisierung wieder rückgängig zu machen, und die Wasserversorgungen wieder zu kommunalisieren. Dies wäre unter TiSA nicht mehr möglich.

3. Future-proofing-Klausel: Sämtliche zukünftige Dienstleistungen, die heute noch nicht erfunden sind, unterstehen zwingend der Marktöffnung. Dies würde zum Beispiel auch neue Dienstleistungen im Schulbereich einschliessen, die dann nicht mehr vom Staat durchgeführt werden könnten, ansonsten wäre die Schweiz anklagbar.

Zug soll TiSA-freie Zone werden

Trotz der enormen Auswirkungen, die TiSA haben wird, ist es für einen Kanton wie Zug nicht möglich, die Verhandlungen zu beeinflussen oder sich zumindest dazu zu äussern. Um sich Gehör zu verschaffen, bleibt also nichts anderes übrig, als zu unkonventionellen Mitteln zu greifen und zu versuchen, so ein Zeichen zu setzen. Aus diesen Überlegungen heraus verlangt unser Postulat, dass sich Zug zur TiSA-freien Zone erklärt. Das Zuger Kantonsparlament wird noch vor den Sommerferien abschliessend über das Postulat beraten. Bleibt zu hoffen, dass auch die bürgerlichen Parteien sich gegen diesen neoliberalen Demokratieabbau zur Wehr setzen. ■

Wer bezahlt diese Kampagne?

Initiativkomitee

8 Wahl- und Abstimmungskampagnen werden immer teurer. Woher kommt das Geld dafür? Das wäre oft interessant zu wissen. Bisher fehlt die Pflicht zur Transparenz.

Die Schweiz ist das einzige Land Europas, das die Finanzierung von Parteien und anderen wichtigen politischen Akteuren nicht regelt. Oft kann die Bürgerin oder der Bürger nur spekulieren, wer hinter den Kampagnen steckt, wie stark der finanzielle Einsatz von Unternehmen, Lobbys und finanzstarken Einzelpersonen tatsächlich ist. Die Transparenz-Initiative ändert das.

Transparenz stärkt unsere direkte Demokratie

In keinem anderen Land können die Bürgerinnen und Bürger so häufig abstimmen und wählen wie in der Schweiz. Darauf sind wir zu Recht stolz. In die Wahl- und Abstimmungskämpfe bringen sich neben Parteien auch Verbände und Unternehmen ein. Oft unterstützen oder bekämpfen sie eine Vorlage mit viel Geld. Entscheidend ist, dass mit offenen Karten gespielt wird: Es geht nicht darum, Spenden zu verbieten. Aber wir wollen und brauchen Klarheit, wer wie viel bezahlt.

Transparenz fördert den Meinungsbildungsprozess

Oft reicht es leider nicht, einfach die besseren Argumente zu haben. Erst bezahlte Werbung in Zeitungen, auf Plakaten oder im Internet verhilft zu Sichtbarkeit. In den letzten Jahren hat deshalb die Bedeutung von Geld in Abstimmungskämpfen massiv zugenommen. Einige Gruppierungen stecken heute Millionen in politische Kampagnen. Bürgerinnen und Bürger, die sich eine Meinung bilden wollen, müssen wissen, was eine Wahl- oder Abstimmungskampagne kostet und welche grossen Geldgeber dafür bezahlen.



Bitte sammelt Unterschriften!

Transparenz schafft Vertrauen in die Politik

Indem sie ihre Bücher offenlegen, zeigen Parteien, Verbände und Organisationen, dass sie die Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Sie geben ihnen die Möglichkeit, sich eine Meinung zu bilden. Dabei hilft auch das Wissen, wer eine Kampagne finanziert. Nur gut informiert können wir uns über politische Interessen der Geldgeber, finanzielle Verflechtungen und mögliche Abhängigkeiten ein Bild machen. Transparenz schafft Vertrauen in die Politik. Darauf ist unser demokratisches System angewiesen. ■

Darum geht es

Die Initiative verlangt, dass Parteien und Komitees ihre Finanzen transparent machen müssen. Grosse Beträge dürfen nicht anonym gespendet werden. Parteien legen gegenüber der Bundeskanzlei ihre Rechnung und die Herkunft der Spenden über zehntausend Franken offen. Auch Personen und Komitees, die in einer Kampagne mehr als Hunderttausend Franken einsetzen, sind verpflichtet, Grossspenden zu deklarieren. Die Zahlen werden vor der Wahl oder der Abstimmung publik gemacht. Es geht nicht darum, Spenden zu verbieten oder Kleinspenderinnen und Kleinspender ans Licht der Öffentlichkeit zu zerren, aber Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sollen erfahren, wer eine Kampagne finanziell massiv unterstützt.

Initiativkomitee

Co-Präsidium:

Nadine Masshardt, Nationalrätin SP
Lisa Mazzone, Nationalrätin Grüne
Rosmarie Quadranti, Nationalrätin BDP

Vorstand:

Karin Mader (SP)
Claudia Schürch (Junge EVP)
Jorgo Ananiadis (Piraten)

Mitgliederorganisationen:

Piratenpartei Schweiz
Junge Grüne Schweiz
Opedata.ch
Grüne Partei Schweiz
Junge BDP Schweiz
Juso Schweiz
jevz Schweiz
EVP Schweiz
SP Schweiz
BDP Schweiz
Jugendsession
Transparency International Schweiz

Mehr Info sowie Unterschriftenbogen:

<http://transparenz-ja.ch>

Ablauf der Sammelfrist:

26. Oktober 2017

Mein Geld führt Krieg

Luzian Franzini, Co-Präsident Junge Grüne Schweiz
Bild Junge Grüne Schweiz

Sie heissen «Lockhead Martin» oder «Boeing» und produzieren Waffen. Obwohl dies keine Schweizer Firmen sind, investieren hiesige Vermögensverwalter wie Grossbanken, Pensionskassen oder auch die Nationalbank seit Jahren heimlich in Krieg und Tod. Die Jungen Grünen und die «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA)» haben im April die «Kriegsgeschäfte-Initiative» lanciert und wollen solche Investitionen verbieten.

Die Schweiz spielt bei Investitionen in Waffenproduzenten eine viel grössere Rolle als viele denken. Die wichtigen Finanzmärkte wie Zürich und Genf rangieren weltweit in den oberen Plätzen und auch das in der Schweiz verwaltete Kapital ist gewaltig. Mit insgesamt 6 Billionen Franken, also 25 Prozent, hat die Eidgenossenschaft den weltweit grössten Marktanteil an der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung. Besonders die UBS und die CS beteiligen sich stark an diesem unmoralischen Geschäft. 2015 waren die CS mit 1,4 Milliarden, die UBS mit 5,1 Milliarden an Produzenten von nuklearen Rüstungsgütern beteiligt. Ihre neoliberale Doktrin lässt diese Grossbanken zudem in namhafte Anteile an globalen Rüstungskonzernen investieren, welche auch international geächtete Waffen wie Streumunition herstellen.

Initiative erzielt erste Erfolge

Die wirklich grossen Player nebst den Grossbanken und der Nationalbank sind hingegen die Pensionskassen. Diverse Schätzungen gehen von 4 bis 12 Milliarden Franken aus, welche von unseren Pensionskassen in Kriegsmaterialproduzenten investiert werden. Genau hier erzielte die Initiative bereits erste Erfolge, obwohl sie sich noch am Anfang der Sammelphase befindet. So entschied die Pensionskasse des Bundes Publica, aufgrund des öffentlichen Drucks aus Investments in Kriegsmaterialproduzenten auszusteigen. Denn auch aus Sicht der offiziellen Schweiz machen solche Investitionen keinen Sinn und untergraben friedensdiplomatische

Anstrengungen. Renditegetriebene Finanzinstitute nähren die Konflikte, welche die offizielle Schweiz mit diplomatischen Mitteln zu lösen sucht.



Die Jungen Grünen sind schon wieder im Sammelfieber.

Das Verhindern solcher Investitionen ist auch für die sonst hochgehaltene Schweizer Neutralität extrem wichtig.

Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten

Die Schweizer Rolle im globalen Waffenbusiness zeigt auch ein weiteres Mal den Zynismus und die Doppelbödigkeit bürgerlicher Politik auf. Mit Hetze auf Schutzsuchende und billigem Populismus wird eine globale humanitäre Krise kleingeredet, gleichzeitig werden mit Investitionen und der Tiefsteuerpolitik die Krisen-

herde weiter angeheizt. Aufgrund ihres globalen Ansatzes betreibt die Kriegsgeschäfte-Initiative wirkliche Ursachenbekämpfung. Sie ist eine grosse Chance für die grundlegende Bekämpfung von Elend, Armut und somit auch für die Linderung der Flüchtlingskrise.

Breite Sammelallianz

Das Anliegen wird deshalb auch von einer breiten Allianz getragen. Während als Hauptinitianten die GSoA

und die Jungen Grünen fungieren, beteiligen sich auch die Grünen, JUSO, SP, Solidarité sans frontières, Frauen für den Frieden, Solifonds und MultiWatch an der Unterschriftensammlung. Denn Nationalismus, Rechtspopulismus und die zunehmend zerstörerische Kraft der ungezähmten Finanzmärkte machen vielen Menschen Angst. Eine starke pazifistische Bewegung ist nun gefragt wie noch nie. Kein Schweizer Geld für die Kriege dieser Welt! ■

Integration ist Knochenarbeit

Manuela Weichelt-Picard, Frau Landammann Kanton Zug

10

Für die langfristige Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt braucht es klare Vorgaben, eine vernetzte Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Gewerbe, Wirtschaft und Partnerorganisationen und gewaltige Anstrengungen der Betroffenen. Die Statistiken im Kanton Zug sind erfreulich. Die Zuger Regierung will aber, dass diese noch besser werden.



Die Zahl ist bemerkenswert und eine Chance für die Integration: 22 Prozent der im Kanton Zug wohnhaften Asylsuchenden bzw. Flüchtlinge sind jünger als 17 Jahre und 28 Prozent sind zwischen 17 und 25 Jahre alt. Das heisst: Rund 50 Prozent der im Kanton Zug wohnhaften Asylsuchenden bzw. Flüchtlinge sind unter 25 Jahre alt. Sie sind motiviert und lernwillig, haben ihre Zukunft noch vor sich. Dies müssen wir gezielt nutzen.

Sowohl punkto Sprachkurse als auch Berufsbildung und Massnahmen zur Arbeitsmarktintegration von vorläufig Aufgenommenen und anerkannten Flüchtlingen existiert im Kanton Zug ein breites und qualitativ gutes Angebot. Entsprechend sind im Kanton Zug die Erwerbsquoten von Personen aus dem Asyl- und

Flüchtlingbereich im interkantonalen Vergleich relativ hoch. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung die Erwerbsquote der genannten Personengruppe tief ist. Es sind darum weiterführende Anstrengungen von Kanton, Wirtschaft und Institutionen notwendig, um die Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingbereich möglichst schnell und dauerhaft in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Ein entsprechendes Konzept der Direktion des Innern, welches den Medien unlängst vorgestellt wurde, gibt die Richtung vor. Es baut auf den bisherigen Strukturen mit gut funktionierenden Schnittstellen auf und bildet Handlungsbasis für sämtliche involvierten kantonalen Stellen und Partnerorganisationen, insbesondere auch für die fallführenden Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in der von mir geführten Direktion. Zentral dabei sind die Vermittlung von Deutschkenntnissen zu einem möglichst frühen Zeitpunkt, praxisbezogene und alltagstaugliche Lerninhalte sowie die systematische Kompetenzerfassung und Potenzialabklärung unmittelbar nach Ankunft der Flüchtlinge im Kanton Zug. Erst wenn klar ist, welche Vorkenntnisse und Kompetenzen eine Person mitbringt und welcher Förderbedarf nötig ist, werden die Integrationsmassnahmen definiert. So wird sichergestellt, dass die vorhandenen personellen und finanziellen Mittel effizient und zielgerichtet zum Einsatz kommen. Dabei soll auch der Bedarf von Wirtschaft und Gewerbe im Auge behalten werden. Dies braucht Personal, das genü-

gend gut Deutsch kann und über berufsrelevante Qualifikationen und viel Eigenmotivation verfügt. Das gemeinsame Interesse liegt in funktionierenden Arbeitsverhältnissen und darin, dass beispielsweise nach einem Praktikum eine Berufslehre absolviert werden kann.

Vergleichsweise hohe Erwerbsquoten im Kanton Zug

Die aktuellen Zahlen für den Kanton Zug präsentieren sich wie folgt. Per 30. April 2017 lag die Erwerbsquote der vorläufig Aufgenommenen im Kanton Zug insgesamt bei 37,3 Prozent. Der Durchschnittswert der Kantone liegt bei 29,4 Prozent. Bei anerkannten Flüchtlingen im Kanton Zug liegt die Erwerbsquote bei 36,1 Prozent (Durchschnitt 23,9 Prozent). Bei anerkannten Flüchtlingen, welche sich bereits seit vier bis fünf Jahren in der Schweiz aufhalten, beträgt die Erwerbsquote im Kanton Zug gar 51,4 Prozent (Durchschnitt 28,3 Prozent). Für die im interkantonalen Vergleich erfreulichen Werte verantwortlich dürfte auch ein Entscheid der Regierung sein, der bereits im Jahre 2000 getroffen wurde.

So wurden schon damals bürokratische Hürden abgebaut, hat man den Branchenzwang aufgelöst und die Voraussetzungen geschaffen, dass im Kanton Zug Asylsuchende mit einer Bleibeperspektive unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus eine berufliche Ausbildung in Angriff nehmen dürfen. Diese Strategie zahlt sich nun aus. Positiv und beschleunigend auf die berufliche Integration wirken sich bei den Betroffenen erfahrungsgemäss auch die Aussicht auf eine ordentliche Aufenthaltsbewilligung und der Familiennachzug aus. Umgekehrt können gesundheitliche Probleme oder die Sorge um Angehörige, die sich noch im Krisengebiet oder auf der Flucht befinden, auch zu einem Hemmnis bei der Integration werden.

Lasst mich anhand von zwei jungen

Eritreern erläutern, wie erfolgreiche Integration im Kanton aussehen kann:

- Der 23-jährige Adem Yacob (seit Juni 2014 in der Schweiz) absolvierte Anfang Jahr ein dreimonatiges Praktikum auf dem Enikerhof der Familie Rüttimann in Cham. Er interessierte sich für diese Tätigkeit und fühlte sich wohl, da er in seiner Heimat auf einem Bauernhof mit Tierhaltung aufgewachsen ist. Beide Parteien zogen nach dem Praktikum eine positive Bilanz. Seit dem 1. Mai 2017 arbeitet Adem Yacob nun in einer Festanstellung zu 100 Prozent als landwirtschaftlicher Mitarbeiter auf dem Bauernhof. Er mag die körperlich anstrengende, aber abwechslungsreiche Arbeit, die ihn dort täglich erwartet.
- Oder der 31-jährige Antonio Tesfaghabir (seit September 2011 in der Schweiz). Er startete im Sommer 2015 die Ausbildung zum Lackierassistenten EBA. Die praktischen Arbeiten gelangen von Anfang an gut. Gefordert war und ist er jedoch in Mathematik und Deutsch. Für die Begleitung vor und während der Ausbildung konnte das Bildungsnetz Zug und das Case Management Berufsbildung gewonnen werden. Tesfaghabir schliesst nun die Attestlehre im Sommer 2017 ab. Der motivierte Eritreer, sein Arbeitgeber (die Beulenschmid AG in Baar) und das Bildungsnetz sind zuversichtlich, dass er dank vollem Einsatz die Prüfungen besteht. Auch ich drücke ihm die Daumen!

Und was bringt uns die Zukunft? Vorteilhaft auf die Integration dürfte sich das revidierte Asylgesetz auswirken, das im Juni 2016 mit grossem Mehr vom Schweizer Stimmvolk angenommen, zuvor von den Kantonen gutgeheissen wurde und voraussichtlich



Bei einem dreimonatigen Praktikum auf einem Bauernhof hat Adem Yacob die Tätigkeit als landwirtschaftlicher Mitarbeiter kennen gelernt. Nun arbeitet er in einer Festanstellung in dieser Funktion. Auf dem Foto pflanzt er Gurkensetzlinge.

ab 1. Januar 2019 in Kraft tritt. Denn mit der Umsetzung soll die Mehrheit der Asylverfahren in regionalen Zentren des Bundes innerhalb von 140 Tagen rechtskräftig abgeschlossen werden. Für die Kantone heisst dies, dass ihnen in der Folge der Bund nur noch Personen zuweist, deren Gesuch gutgeheissen wurde beziehungsweise die zumindest eine grosse Chance auf ein Bleiberecht haben. Das heisst: Man kann mit der Integration sofort beginnen, sobald

die Migrantinnen und Migranten im Kanton Zug ankommen.

Integration ist Knochenarbeit und ein langer Weg, bei dem auch wir Politikerinnen und Politiker gefordert sind. Die Ambitionen von Bund und Kantonen sind hoch. Das gemeinsame Ziel besteht darin, dass 95 Prozent der 25-Jährigen in der Schweiz einen Abschluss auf Sekundarstufe II erreichen. Ich werde mich dafür starkmachen, dass dies gelingt. ■

Endlich angekommen

Hansruedi Küttel

12

Ein junger Syrer landet in Zug. Er will nicht abhängig sein, will arbeiten und den Lebensunterhalt seiner Familie selber bestreiten können. Funktioniert das?

Alaa Eddin ist 1983 in Aleppo, der Metropole im Norden von Syrien geboren. Sein Vater war Elektroinstallateur. Alaa Eddin besuchte die Schulen in Aleppo und wollte beruflich



Nach langer Flucht ist die Familie endlich wieder vereint.

dem Weg seines Vaters folgen. Die Ausbildung zum Elektromonteur geschieht in Syrien wie in vielen anderen Ländern rein schulisch, also ohne berufliche Praxis am Ausbildungsort. Um für seinen künftigen Beruf besser gerüstet zu sein, arbeitete Alaa Eddin jedoch so oft wie möglich im Betrieb seines Vaters mit. Er konnte sich auf diese Weise nicht nur berufliche Praxis aneignen, er war durch die praktische Arbeit auch ganz anders motiviert für den Unterricht in der Schule.

Flucht

Die Zerstörung seiner Heimat durch den unsäglichen Bürgerkrieg und seine persönliche Situation – auf die

wir hier zum Schutz seiner Person und seiner Familie nicht eingehen wollen – zwangen ihn zur Flucht. Die verschiedenen Angehörigen der Familie flohen zu unterschiedlichen

Zeiten in unterschiedliche Richtungen, verbrachten teilweise Monate bis Jahre in Provisorien unterwegs und sind heute in der halben Welt verstreut. Eine Schwester ist noch in Aleppo, eine andere in Indien, drei Geschwister und die Eltern sind in den Niederlanden. Ähnlich erging es der Familie seiner Frau, auch deren Angehörige sind nicht mehr beisammen und können sich teilweise auch nicht besuchen oder treffen. Alaa Eddin landete schlussendlich Ende

2013 zufällig in der Schweiz und stellte hier sein Asylgesuch.

Asyl

Nach langen Abklärungen, ob er nun wirklich kein Dublin-Fall sei, der schon anderswo im Schengenraum ein Asylgesuch eingereicht hätte, erhielt er endlich den positiven Bescheid. Als anerkannter Flüchtling stellte er das Gesuch für Familiennachzug und war dann selber überrascht, wie schnell der Entscheid gefällt wurde. Seine Frau und die beiden Töchterchen durften Jordanien verlassen und zu ihm in die Schweiz kommen. Seine Zeit in der Schweiz nutzte Alaa Eddin von Anfang an, um Deutsch zu lernen. Da er keinen An-

spruch auf einen Schulbesuch oder Sprachkurs hatte, übte er für sich allein mit Tutorials am Computer.

Integration

Nach seiner Anerkennung als Flüchtling besuchte er das Integrations-Brückenangebot für Erwachsene IBA20+. Die Begleitung und Beratung durch die Lehrpersonen unterstützten seine Motivation und führten zu den nötigen Kontakten für eine Arbeitsstelle. Inzwischen hat er einen Lehrvertrag für eine verkürzte Lehre als Elektroinstallateur, sodass er ab August 2017 neben der praktischen Tätigkeit im Lehrbetrieb den Berufsschulunterricht am GIBZ besuchen kann. Bereits diesen Sommer kann er die Abschlussprüfung in Allgemeinbildung ablegen, die dazu nötigen Kurse hat er im Verlauf der letzten zwei Jahre besucht.

Alle lernen Deutsch

Die Mädchen sind inzwischen in Kindergarten und Schule integriert und lernen dort schnell Deutsch. Arabisch mündlich bleibt natürlich die Familiensprache, aber beim Schreiben hat Deutsch Priorität. Die Tochter, die in Jordanien nicht zur Schule gehen wollte, unter der Schule litt, weckt jetzt am Morgen jeweils die Mutter, weil sie zur Schule gehen will. Auch die Mutter lernt Deutsch, hat jetzt vorübergehend den Kurs unterbrochen, um für die im November 2016 geborene jüngste Tochter zu sorgen. Alaa Eddin betrachtet das Erlernen der Landessprache als absolut prioritär für die Integration. Er wäre sehr gerne schon sofort nach seiner Ankunft in der Schweiz zur Schule gegangen, um Deutsch zu lernen. Er meint: «So habe ich nochmals ein Jahr verloren. Wenn du nicht Deutsch sprechen kannst, wie willst du dich dann bei einer Firma bewerben? Ich will arbeiten, für meine Familie sorgen.» In unserem Gespräch war ich beeindruckt, wie er sich in unserer Sprache ausdrückt, kaum Wörter sucht, kaum Fehler macht. Respekt! ■

Von Wahrheit, Lüge und Ehre

Grünspecht – ein kritischer Vogel

Mehr preisgünstigen Wohnraum – die Zugerinnen und Zuger haben die Volksinitiative der beiden Jungparteien Junge Alternative und Juso abgelehnt. Ich habe bereits eine preisgünstige Wohnung, nämlich eine Baumhöhle. Und von hier aus habe ich Seltsames beobachtet.

Ich bin ja ein freiheitsliebender Vogel. Darum gehört das kleine Büchlein «Freisinn ohne Gemeinsinn?» des Publizisten Jürg Tobler zu meiner Lieblingslektüre. Auch wenn die Schrift bald 40 Jahre alt ist, hat sie doch nichts von ihrer Aktualität eingebüsst.

Angst vor Diskussion

Zum Beispiel These 17: «Der Liberale übt nicht Toleranz, er tut sie: Toleranz als Konfliktbereitschaft.» Der Zuger FDP fehlt es an Konfliktbereitschaft, am Willen zur Auseinandersetzung, am Willen zur inhaltlichen Auseinandersetzung. Während CVP und SVP vor ihrer erwartbaren Nein-Parole einen Vertreter/eine Vertreterin der Befürworter zu ihrer Delegiertenversammlung einladen und so eine Auseinandersetzung ermöglichen, fasst die FDP ihre Nein-Parole, ohne die Befürworter anzuhören. Ausgerechnet die Parteien, die sich im Namen als «liberal» bezeichnen – auch bei der GLP gab es keine Diskussion – verweigern sich dem Streit der Argumente.

Ein paar Jungfreisinnige durften an der DV der FDP Zug unwidersprochen gegen die «linke Zwängerei» vom Leder ziehen. Man applaudierte, klopfte sich auf die Schulter, widmete sich dem Wein und dem Apéro. Darum sei den Jungfreisinnigen These 4 ins Stammbuch geschrieben: «Liberale Politik macht es Minderheiten möglich, Mehrheiten zu werden.» Aber das würde eine inhaltliche Diskussion von unterschiedlichen Meinungen voraussetzen. Arrogante Beserwisserei ist alles andere als liberal.

Gegen Vorurteile und Manipulation

Zum Beispiel These 11: «Liberale Politik setzt die Antithese des Vorurteils.» Das Plakat «Linke Zwängerei»

oder der überparteiliche Flyer mit den gigantischen Betonklotz-Hochhäusern an den Hängen des Zugerbergs sind Ausdruck von Vorurteil und Manipulation. Ein Leserbrief in der Zuger Zeitung (8. Mai) brachte diesen Flyer auf den Punkt: «Das Bild auf der Titelseite ist eine Fotomontage der übelsten Sorte.» Manipulanten illiberaler Währung lassen sich gemäss Jürg Tobler einfach erkennen: «Es sind diejenigen, die ihre Argumente auf bestehenden Vorurteilen (eben «böse Linke») und Emotionen (eben «falsche Bilder») aufbauen. Die FDP Zug verrät ihre liberalen Wurzeln, denn das Vorurteil ist der Tod des Liberalismus. Man kann es auch pointierter formulieren – für die Zuger FDP ist eine lügnerische Fotomontage in Ordnung, ein provokatives Plakat führt aber gleich zu einer Ehrverletzungsklage.

Kanonen gegen Spatzen

Da ist es seltsam, dass Kläger und Richter beruflich eng miteinander verflochten waren. Einzelrichter Philipp Sialm arbeitete vor seiner Wahl zum Kantonsrichter neun Jahre im Anwaltsbüro Schweiger Advokatur/Notariat, just in der Kanzlei, welche die beiden Regierungsräte Matthias Michel und Heinz Tännler vertritt. Hans-Rudolf Wild, Anwalt von Michel und Tännler, und Philipp Sialm waren jahrelang Bürokollegen. Da fragt sich der Grünspecht schon, wie schnell so eine superprovisorische Verfügung unter ehemaligen Kollegen erlassen wird. Er fragt sich auch, was es denn mit dem Filz im Zuger Rechtswesen auf sich hat.

Unfehlbare Regierungsräte?

Der britische Philosoph John Stuart Mill, einer der bedeutendsten libe-



ralen Denker des 19. Jahrhunderts, vertrat die Ansicht, dass der Staat die Freiheit des Einzelnen nur dann einschränken dürfe, wenn dies zum Zweck des Selbstschutzes oder zum Schutz anderer Mitglieder geschehe. Frage: Fühlen sich die Herren Regierungsräte durch ein Plakat derart gefährdet, dass sie zum Richter rennen müssen? John Stuart Mill hat sein Bekenntnis zur Freiheit noch verdeutlicht: «Wenn irgendeine Meinung zum Schweigen gezwungen wird, kann diese Meinung, soviel wir mit Sicherheit wissen können, wahr sein. Dies zu leugnen, heisst, unsere eigene Unfehlbarkeit annehmen.» Eines weiss der Grünspecht: Die Unfehlbarkeit sitzt im besten Fall im Vatikan in Rom, aber sicher nicht im Zuger Regierungsgebäude. ■

Es geht um die Zukunft

Natalie Chiodi

14

Am 21. Mai haben die Schweizer StimmbürgerInnen das Energiegesetz mit 58 Prozent angenommen. Anlässlich der Delegiertenversammlung der Grünen am 29. April in Frauenfeld hat Jürgen Trittin, Abgeordneter vom Bündnis 90/Die Grünen und Mitglied des Deutschen Bundestags, ein Plädoyer für die Energiewende gehalten. Dieses hat auch nach dem Ja zum Energiegesetz nichts an Gültigkeit verloren. Deshalb bringen wir eine gekürzte Fassung seiner Rede im BULLETIN.

In Marrakesch haben sich vor einigen Monaten 48 Staaten dazu verpflichtet, bis 2050 komplett auf erneuerbare Energien umzusteigen. Nicht aus purer Liebe zur Umwelt, sondern weil es für Länder, die von den Folgen der Klimakatastrophe am stärksten betroffen sind, überlebenswichtig ist, dass wir es schaffen, die Klimakrise zu bekämpfen und die Klimaerhitzung zu begrenzen! Die Klimakrise ist real: Starkwetterereignisse, abschmelzende Polkappen, sich erwärmende Ozeane, die auftauenden Permafrostböden Sibiriens etc. Man kann die Liste der schrecklichen Szenarien sehr lange fortsetzen. Wenn wir über den Kampf gegen den Klimawandel reden, dann geht es um Verantwortung. Verantwortung für nachfolgende Generationen. Denn wir alle hier sind die letzten, die über die Folgen des Klimawandels noch vergleichsweise akademisch reden. Für unsere Kinder und Enkel ist der Klimawandel bittere Realität.

Klimakrise als Flüchtlingsgrund

Im letzten Jahr sind so viele Menschen im Mittelmeer auf der Flucht ertrunken wie nie zuvor. Sie flohen vor Krieg und Krise. Die Gründe für die Krisen und Kriege liegen in Misswirtschaft, in «Bad Governance», in Konkurrenz um Rohstoffe und in religiösen Konflikten. Aber: Zusätzlich verschärft die Klimakrise die Lage. Steigende Temperaturen machen immer mehr Lebensraum lebensfeindlich. Der vormals fruchtbare Halbmond (Gebiet am nördlichen Rand der syrischen Wüste) vertrocknet, während andernorts die Meeresspiegel steigen und bereits jetzt Inselstaaten bedrohen. Laut dem UN-Flüchtlings-

kommissar muss jede Sekunde ein Mensch wegen einer Naturkatastrophe seine Heimat verlassen. Jedes Jahr fliehen 22,5 Millionen Menschen vor Klima- und Wetterereignissen.

Die Weltbank hat 2015 einen Bericht veröffentlicht, der zeigt: Die Klimakrise ist eine akute Bedrohung für die ärmere Weltbevölkerung. Die Experten schätzen, dass die Erhitzung des Klimas in den nächsten 15 Jahren mehr als 100 Millionen Menschen zurück in die Armut treiben wird. Millionen haben bereits jetzt unter der Klimakrise zu leiden, und es trifft ausgerechnet diejenigen am härtesten, die die wenigsten Mittel haben, um sich zu schützen. Das ist eine Verpflichtung zum Handeln! Und gerade für die, die viel zur Klimakrise beigetragen haben.

Ausstieg zum Einstieg

Der Weg, den wir gehen müssen, ist wahrscheinlich das grösste Transformationsprojekt der Menschheitsgeschichte. Wir müssen raus aus der kohlenstoffbasierten Industrie, aus Öl, Gas und Kohle. Wir müssen unsere komplette Energieversorgung auf erneuerbare Energien umstellen. Wir müssen die Weltwirtschaft dekarbonisieren. Ja, die Energiewende war lange Zeit «made in Germany». Dass das so war, da muss man einmal ganz unbescheiden sein, lag an der Regierungsbeteiligung der Grünen Partei von 1998 bis 2005. Denn wir haben es geschafft, zwei Dinge miteinander zu verknüpfen, die unbedingt zusammengehören: Der Ausstieg aus der Atomkraft und der Einstieg in die erneuerbaren Energien. Für den Ausstieg gab es eine breite gesellschaftliche Mehrheit.

So wurde 2002 die Energiewende beschlossen: Deutschland wollte bis 2022 aus der Atomkraft aussteigen und bis dahin 20 Prozent seines Stroms erneuerbar erzeugen. Ausstieg und Einstieg gingen früh zusammen. Auf den besetzten Bauplätzen der Atomfabrik Wackersdorf zeichnete sich schon in den 90ern die Zukunft der deutschen Energiewende ab. Von vielen belächelt und bespöttelt versuchte man dort aus Wind, Sonne und nachwachsenden Rohstoffen Strom zu produzieren.

Energiewende global

Es war diese Kombination, die die deutsche Energiewende zu einer Erfolgsgeschichte sondergleichen machte. Eine Erfolgsgeschichte nicht nur für Deutschland – sondern für die Welt. 2014 gewannen die erneuerbaren zum ersten Mal das Rennen gegen die fossilen Energien. Mit 143 Gigawatt wurden erstmalig mehr erneuerbare als fossile Kapazitäten installiert. Kohle, Öl und Gas kamen bloss auf 141 GW. Und der Trend hält an. Wind, Sonne und Wasser werden immer wettbewerbsfähiger. Sehr konservativen Schätzungen zufolge sollen im Jahr 2040 die Erneuerbaren 60 Prozent der Stromerzeugung weltweit ausmachen. Und zwei Drittel aller Investitionen in diesem Bereich auf sich vereinen. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen vor über zehn Jahren in Deutschland eingeleitet worden. Sie war erfolgreicher, als selbst ihre Protagonisten gedacht haben. Ich etwa. Als ich als verantwortlicher Minister das Erneuerbare-Energien-Gesetz im Jahr 2000 auf den Weg gebracht und im Jahr 2004 novelliert habe, stand im Gesetz, dass wir 2020 genau 20 Prozent Anteil erneuerbaren Strom haben wollen. Damals glaubte man, dass der Anteil technisch nie über 8 Prozent liegen könne. Bereits im Jahre 2015 produzierten wir fast ein Drittel unseres Stroms erneuerbar. Auch so kann man sich irren. Die deutsche Energiewende ist eine Er-



Jürgen Trittin hält seine Rede vor den Delegierten der Grünen in Frauenfeld. Als verantwortlicher Minister hat er das Erneuerbare-Energien-Gesetz im Jahr 2000 auf den Weg gebracht und im Jahre 2004 erneuert. Dass es eine solche Erfolgsstory sein würde, hätte damals niemand zu denken gewagt.

folgsgeschichte. In Deutschland wurden in den letzten Jahren jährlich über 20 Milliarden Euro in neue Stromerzeugungsanlagen investiert. Das gibt es in keinem anderen Land Europas. Erneuerbare machen unabhängig – sie mindern die Importabhängigkeit tradierter Energie von Uran bis Öl und Gas. In diesen Anlagen werden jährlich gut 15 Milliarden Euro umgesetzt, davon profitieren Landwirte, Bürgergenossenschaften und Fonds. Eine neue mittelständische Industrie. Entstanden ist eine exportstarke Industrie, in der zeitweilig bis zu 390 000 Menschen arbeiteten, in Europa sind es über eine Million. Und der Strompreis an der Börse sank in zehn Jahren Energiewende von knapp 8 über 6 auf rund 2,5 Cent. Dies hat globale Auswirkungen. Mit erneuerbaren Energien wurden 2014 nicht nur gut 151 Mio. Tonnen Treibhausgase eingespart (das ist das 1,5-fache der CO₂-Emissionen aller deutscher Autos). Vor allem aber wurden die erneuerbaren Energien billig und damit wettbewerbsfähig. Durch die stürmische Entwicklung und die damit verbundene technolo-

gische Lernkurve sank der Preis für Strom aus Windkraft um 80 Prozent, für Fotovoltaikstrom sogar um 90 Prozent. Umso absurder ist es, dass Deutschland unter Angela Merkel vom Vorreiter zum Bremsler der Energiewende geworden ist.

Ökonomischer Entscheid

Umso wichtiger sind Initiativen wie der Kampf für die Energiestrategie 2050. Denn wenn wir die globale Energiewende retten und die Klimakatastrophe verhindern wollen, dann müssen wir handeln. Das ist im Übrigen nicht nur eine umweltpolitische Entscheidung. Es ist vor allem auch eine ökonomische Entscheidung. In vielen Ländern werden diese Debatten geführt. Es sind Abwehrschlachten. Es sind die letzten Schlachten einer fossilen Denkschule, von Konzernen und Investmentbankern, die in einer fossilen Welt aus Kohle und Öl aufgewachsen sind und nicht wahrhaben wollen, dass ihre Zeit abläuft.

Dekarbonisierung

Die Weltgemeinschaft hat in Paris beschlossen, die globale Erwärmung auf

deutlich unter 2 Grad zu begrenzen. Zu diesem Ziel haben sich ja auch schon einmal vor nicht allzu langer Zeit die G7 – die sieben grössten Industrienationen der Welt – bekannt: Die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft bis 2050. Ein wichtiges Ziel. Doch was bedeutet Dekarbonisierung konkret? Rechnet man alle bekannten Vorräte an Gas, Öl und Kohle in CO₂ um, dann sind das gut 3000 Gigatonnen. Diese durch Verbrennen in die Atmosphäre zu schicken, können wir uns nicht leisten. Dann steigt die Temperatur um über 4 Grad.

Bei der Begrenzung auf 1,5 Grad, also dem Beschluss von Paris dürfen absolut noch maximal 565 Gigatonnen in die Atmosphäre gelangen. Vier Fünftel der bekannten Vorräte von Kohle, Öl und Gas müssen unter der Erde bleiben. Das bedeutet aber auch, dass 80 Prozent dieser 3000 Gigatonnen totes Kapital sind. Denn die sind natürlich heute schon in alle möglichen Büchern eingepreist. Aber sie werden kein Geld mehr bringen. Es droht also eine Carbon Bubble zu platzen. Milliardenrisiken für Banken – investiert in die Zerstörung des Klimas. Die grösste



Die Schweizer Bevölkerung hat das Energiegesetz trotz Lügenkampagne angenommen, von der Energiewende ist die Schweiz jedoch noch weit entfernt.

Bank Europas – die HBSC – geht davon aus, dass ein Platzen dieser Blase zu Verlusten von bis zu 60 Prozent ihres Unternehmenswertes führen würde.

Nachhaltiges Wachstum erfordert also neue Investitionsstrategien. Selbst die Deutsche Bank erkennt es inzwischen, und will nicht mehr in Kohlekraftwerke investieren. Dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren noch verstärken. So brachte Mats Anderson den schwedischen Pensionsfond AP4 von 2006 bis 2016 von 20 auf 38 Milliarden – indem er die Titel mit dem grössten CO₂-Fussabdruck rauswarf. In manchen Jahren erzielte er so eine Jahresrendite von 10 Prozent.

Auch die Schweizer Nationalbank ist gut beraten, endlich umzusteuern! Mit 61,5 Milliarden US-Dollars, die sie an US-Börsen angelegt haben, ist sie für noch einmal so viel CO₂-Emissionen verantwortlich wie die ganze Schweiz. Das ist nicht nur umweltpolitischer Wahnsinn – das ist auch ökonomisch nicht klug. Die weltweit grössten Industrienationen scheinen das zu begreifen. China hat bereits im vierten Jahr in Folge seine CO₂-Emission stabil gehalten bzw. leicht verringert. Dieses Ziel hatten sie in Paris erst für 2030 versprochen. Selbst in den USA

steuern etliche Bundesstaaten um: In Kalifornien arbeiten inzwischen mehr Menschen in den erneuerbaren Energien als in der ganzen Kohlebranche.

Investment

In der Debatte um die Energiestrategie 2050 war von den Gegnern viel von Kosten die Rede. Darüber spreche ich gerne. Denn wenn wir in die Zukunft investieren, kostet das etwas. Und wenn wir nicht in die Zukunft investieren – kostet das auch was. Und in der Regel kostet das mehr. Nehmt einmal an, ihr müsstet täglich Waren ausliefern, würdet Ihr Euch dabei auf Euren 40 Jahre alten Oldtimer verlassen? Nein, man würde ein neues Auto leasen und den Oldtimer nur am Sonntag bewegen. Eine Energiepolitik, die sich darauf verlässt, alte Kraftwerke möglichst lange zu betreiben, will ihre Versorgungssicherheit von Oldtimern abhängig machen. Und wenn dann gar nichts mehr geht? Dann wird man von Importen komplett abhängig. Oder es müssen die Investitionen, die man versäumt hat, teuer nachgeholt werden.

Bremskosten

Deshalb ist es klug, beizeiten zu investieren. Das kostet – aber man kann

es sich auch noch teurer machen. Wer Solaranlagen auf dem Dach besteuert, aber Braunkohlebagger umlagefrei fahren lässt, muss diese Subvention von den Bürgern bezahlen lassen. Dies sind keine Kosten, der Energiewende. Das sind Kosten sie zu bremsen. Würden wir ungerechtfertigte Subventionen streichen, würde das Überangebot auf dem Strommarkt durch die Schliessung der 20 ältesten Kohlekraftwerke gemindert, hätte das zwei Effekte: Erstens würde die EEG-Umlage (mit der die erneuerbaren Energien finanziert werden) um rund 2 Cent, fast ein Drittel, sinken und zweitens würde Schweizer Wasserkraft wettbewerbsfähiger werden.

Gute Nachricht für die Schweiz

Für die Schweiz gibt es eine weitere gute Nachricht. Wenn sie in eine erneuerbare Zukunft investiert, dann haben die deutschen Bürger dafür schon ein Stück bezahlt. Wenn Ihr heute in Wind oder Sonne investiert, dann tut Ihr dies zu den aktuellen Marktpreisen. Ihr müsst nicht wie wir noch 10 Jahre Anlagen abschreiben, die vor 10 Jahren zu viel höheren Kosten ans Netz gingen. Ihr könnt die Innovationsdividende kassieren, für die der deutsche Stromkunde noch zahlt. Die müssen die Schweizerinnen und Schweizer nicht noch einmal bezahlen. Die Schweiz kauft zu den aktuellen Marktpreisen ein. Und für neue Kraftwerke gilt global: Nichts ist so billig wie eine Kilowattstunde aus einer Windturbine. Und Ihr habt noch einen Riesenvorteil. Statt tumbrer Grundlastkraftwerke mit Kohle und Atom verfügt Ihr über reichlich Regelenergie – Ihr habt dank Wasserkraft geringe Systemkosten. Wenn die Schweiz sich für Investition und Unabhängigkeit entscheidet – dann wird sie Teil der globalen Energiewende. ■

Die ganze Rede findet man unter:

http://www.gruene.ch/gruene/de/die_gruenen/partei/delegiertenversammlung/170420_dv_frauenfeld.html

Mehr Hirn, weniger Beton

Martin Stuber, Alt-Kantonsrat, Vizepräsident Pro Bahn Zentralschweiz und Co-Präsident Komitee Zimmerberg light

17

Mit FABI (Finanzierung Bahninfrastruktur) hat der Schweizer Souverän auch eine Machtverschiebung weg von den SBB hin zum Bundesamt für Verkehr beschlossen. Das BAV verwaltet nämlich nicht nur den Bahninfrastrukturfonds, sondern hat die Prozessführerschaft bei der Weiterentwicklung der Bahninfrastruktur. Auf dem Papier.

Die Aula des hochmodernen Konzernsitzes der SBB in Bern Wankdorf war an diesem 22. Mai 2017 ziemlich voll – die Gesellschaft der Ingenieure des öffentlichen Verkehrs (GdI) hatte eingeladen und genoss Gastrecht. Kein Wunder, denn bestritten wurde der Abend mit dem Thema «Bahnangebot der Zukunft» von zwei Fachreferenten der SBB. Gemäss Ankündigung würden sie «Einblick in die Planung des Ausbaus 2030/35 des strategischen Entwicklungsprogramms STEP geben». Erstaunlich, denn dafür ist doch das BAV zuständig. Grund genug für den Schreibenden, nach Bern an die Hilfikerstrasse zu reisen. Es hat sich gelohnt.

Nutzung des Schienennetzes umgekrempelt

Mit ihrem «Input SBB» genannten neuen Betriebskonzept wollen die SBB die Nutzung des bestehenden Schienennetzes komplett umkrempeln. Wo es viele Leute hat, soll die Bahn oft und mit grosser Kapazität fahren. Dazu werden die 100 grössten Schweizer Bahnhöfe mit drei Parametern Einwohnerzahl, Arbeitsplätze sowie Einsteigerzahlen neu in A-, B- und C-Knoten kategorisiert. Luzern ist ein A-Knoten, Zug und Baar sind B-Knoten, Rotkreuz ein C-Knoten.

Was dabei herauskommt, hat der Journalist Paul Schneeberger in der NZZ vom 3. Juni 2017 ausführlich beschrieben. Kurz gefasst könnte es als Mega-Metropolitanisierung der Schweiz bezeichnet werden, mit zwei Grossmetropolen in den Räumen Zürich und Léman.

Sicher ein spannendes, genau zu planendes Konzept. Aber es gibt noch

andere Ansätze, zum Beispiel mehr tangentielle Verbindungen mit dezentralen Metropolen (vgl. Kasten).

Hirnen lassen statt streiten

Das BAV plant derzeit den Ausbaus 2030/2035 und dürfte keine Freude am Vorpreschen der SBB haben, die hier ihr geballtes Know-how aufführt, über welches das BAV nicht verfügt. Das BAV-Konzept besteht darin, das bestehende Netz graduell nach dem Motto «Mehr vom Gleichen» auszubauen. Auch ein valables Konzept.

Angesichts der Infrastrukturprojekte im Umfang von 40 Milliarden, welche in der Pipeline sind, sollte man jetzt aber innehalten, um hirnen zu lassen. Ein Wettbewerb der Konzepte für den schienengebundenen Verkehr der Zukunft macht genau jetzt Sinn.

Viertelstundentakt ohne Tiefbahnhof?

Und die Zentralschweiz? Das neue Konzept der SBB soll einen Viertelstundentakt zwischen Zürich und Luzern ohne Tiefbahnhof ermöglichen, nur mit dem Zimmerberg-Basistunnel. Im persönlichen Gespräch nach der Veranstaltung räumte einer der beiden SBB-Planer jedoch ein, dass es noch Probleme mit der Seetalbahn geben würde und ja, mit ihrem Konzept wäre dann der Bahnhof Luzern wieder am Anschlag, und ja, natürlich wäre es gut, wenn sie den Tiefbahnhof hätten. Was Wunder – das Konzept für den Tiefbahnhof stammt ja von den SBB und war das Resultat eines aufwendigen Variantenstudiums. ■

Eisenbahn zieht

Nicht nur bei den SBB arbeitet man an neuen Konzepten, sondern auch an den Hochschulen – und das Interesse daran ist gross. Das zeigte die Veranstaltung vom 15. März 2017 des Komitees Zimmerberg light zusammen mit Pro Bahn Zentralschweiz.

Unter dem Titel «Neue Konzepte statt mehr vom Gleichen und das zu spät oder gar nicht!» gaben ein Verkehrsplaner und ein Bahnjournalist Einblick in neue Konzepte und Varianten, wie sich die Schweiz räumlich entwickeln könnte. Prämisse: Die Verkehrsinfrastruktur ist das strukturierende Element. Dabei wurden bisherige Glaubenssätze in Frage gestellt. Zum Beispiel: «Das grösste Potential liegt ja in kurzen und mittleren Distanzen: Weshalb dann der Fokus auf dem schnellen Fernverkehr?»

Die beiden Referate stehen zum Download auf www.zimmerberg-light.ch

Leben im Cluster

Andreas Brunnschweiler

Bilder wagnisART, Duplex Architekten, Andreas Brunnschweiler

18

Wohnen in Gemeinschaften ist wieder zeitgemäss. Standardwohnungen für anonyme Mieterinnen und Mieter sind insbesondere für Kleinfamilien, Alleinerziehende, Singles und ältere Leute unbefriedigend. Sie wünschen Wohnkonzepte mit Kontaktmöglichkeiten und Gemeinschaftsräume.

Hinzu kommt, dass in den letzten Jahrzehnten der Bau von Kleinwohnungen vernachlässigt wurde. Waren Wohngemeinschaften früher günstige, temporäre Zweckgemeinschaften während Studienzeiten in Standardwohnungen oder Grossfamilien auf dem Land in Einfamilienhäusern mit Umschwung, so wird heute das «Wohnen im Cluster» gezielt geplant. Im Gegensatz zu einer WG in einer Standardwohnung mit gemeinsamem Bad, einer Küche und Wohnzimmer ist im Clusterkonzept der Privatbereich eine eigentliche Kleinwohnung von einem bis drei Zimmern. Die Grösse und Ausstattung variiert ebenso wie der Umfang der Gemeinschaftsbereiche. Anstelle von Wohnzimmern in den Privatbereichen, werden diese für alle Clusterbewohner zusammengelegt. Dazu gehört auch eine grosse Gemeinschaftsküche. Je nach Bedarf können weitere Flächen gemeinsam genutzt werden. Im Regelfall weicht die beanspruchte Gesamtwohnfläche nicht wesentlich von derjenigen einer Standardwohnung ab. Wird konsequent auf Wirtschaftlichkeit geachtet, bietet das Clusterkonzept günstige Wohnmöglichkeiten. Wie bei konventionellen WGs können Nasszellen für mehrere Räume zusammengelegt werden und in den Zimmern kann die Ausstattung minimiert werden.

Miteinander statt nebeneinander wohnen (siehe Bild 1)

Bei diesem Beispiel einer Clusterwohnung bestehen die Privatbereiche aus Ein- bis Zwei-Zimmer-Apartments. Diese sind mit Nasszellen und Kochnische ausgestattet. Der Gemeinschaftsraum besteht aus

einem Aufenthaltsbereich und einer Küche mit Essplatz sowie einer Gemeinschaftsterrasse. Der Anteil der gemeinschaftlichen Nutzfläche ist mit ca. 25 Prozent eher klein. Die Nutzung der gemeinschaftlichen Flächen kann von den Bewohnern selber bestimmt werden. Sie können den sich über die Jahre ändernden Bedürfnissen angepasst werden: Sind es zuerst Spielbereiche für Kleinkinder, können es später Lernnischen mit Computern sein, eine Bibliothek, eine Fitnesszone, Bastecken oder Hobbyräume mit Werkstatt.

Zweckmässigerweise sucht sich eine Clustergemeinschaft ihre Mitglieder selber aus, ohne gutes Einvernehmen klappt keine Gemeinschaft. Die möglichen Reibungsflächen sind gross, die Modalitäten des Zusammenlebens müssen geregelt werden. Nur so klappt eine Gemeinschaft auf die Dauer.

Möglichst viel gemeinsamer Wohnraum (siehe Bild 2)

Im gleichen Gebäude können bei geschickter Wahl der Tragkonstruktion und der Installationen Geschoss- und Clusterwohnungen übereinander liegen. Im nebenstehenden Beispiel ist bereits bei den Standardwohnungen die Idee der zusammenhängenden Gemeinschaftsflächen ersichtlich. Die Schlafräume und Nasszellen sind kompakte «Boxen». Dazwischen liegen die Gemeinschaftsflächen: Wohnraum, Küche, Essplatz und Aussenbereiche.

Private «Boxen», offen gestaltete Gemeinschaftsflächen (siehe Bild 3)

Bei diesen Clusterwohnungen ist die Geschossfläche in zwei Wohncluster

unterteilt. Die Privatbereiche sind in einzelne «Boxen» verteilt. Zugänglich sind diese über die dazwischenliegende offen gestaltete und allen Bewohnern zur Verfügung stehende Fläche. In den Nischen sind die gemeinsame Küche mit Essplatz, Wohnbereich, Bürotischen etc. platziert. Die Privatbereiche sind über Vorzonen erreichbar, in denen die Kochnischen der Apartments liegen. Diese Vorzonen schützen die Schlafzimmer als Lärmpuffer vor den Immissionen der gemeinschaftlichen Räume. ■

Leben in Cluster auch in Zug?

Die Mitglieder der Wohnbaugenossenschaft W'Alter sind auf der Suche nach einem Grundstück, um ihr Wohnprojekt in Zug zu verwirklichen. Zusammen sind sie aktuell daran, die Möglichkeiten auszuloten, die sich bieten werden, wenn es soweit sein wird. Die in diesem Beitrag vorgestellten Wohnmodelle dienen ihnen unter anderem als Ideen- und Diskussionsgrundlage. Mehr Informationen zu W'Alter: www.genossenschaft-walter.ch

Bild 1

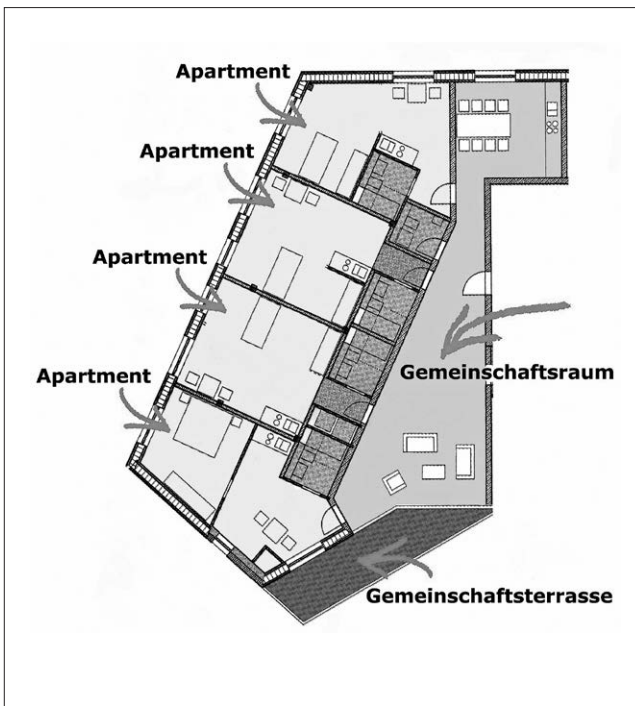


Bild 3

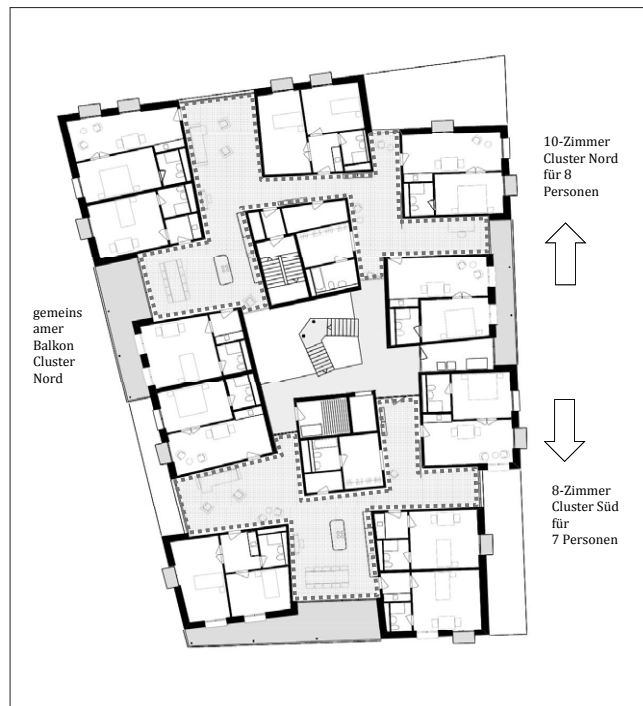
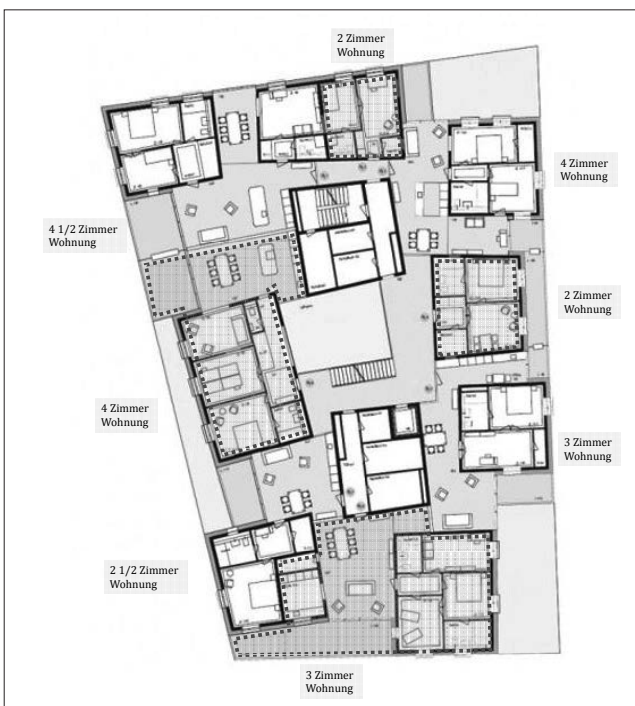


Bild 2



Green Earth Festival

Jonas Feldmann, Junge Alternative Zug
Bilder Junge Grüne Schweiz

20

Es war gross! Ende Mai fand das jährliche Auffahrtslager der Jungen Grünen Schweiz in Zug statt. Und auf die zahlreichen Besucherinnen und Besucher aus der ganzen Schweiz wartete kein gewöhnliches Lager, sondern das Festival-Highlight des Jahres: Spannende Workshops, bequeme Tipizelte, feine und abwechslungsreiche Köstlichkeiten aus der Küche, packende Filme, ein Podiumsgespräch mit hochkarätigen Gästen, mitreissende Konzerte, bestes Wetter und tolle Begegnungen mit jungen, engagierten Menschen aus der ganzen Schweiz verwandelten das Jugendkulturzentrum i45 für vier Tage in eine junggrüne, utopische Traumwelt. Das war das Green Earth Festival 2017.





Vom Film zur Aktion

Hansruedi Küttel

22

Der Film «Tomorrow» mit dem Untertitel «Die Welt ist voller Lösungen» ist uns Anlass, Lösungen und Lösungsansätze im Raum Zug zu betrachten, die noch nicht so bekannt sind. Dass wir «Energistädte» haben, dürften spätestens seit der Polemik im April alle wissen. Was aber bedeuten «unverpackt», «foodsharing», «pumpipumpe» oder «Repair Café» in Zug?

Unverpackt

Lebensmittelverpackungen machen einen grossen Anteil unseres Hauskehrichts aus. Darum die Idee «unverpackt», das heisst, mit eigenem Gebinde einkaufen gehen. Das Angebot dafür fehlt aber nicht nur bei den Grossverteilern, sondern auch in vielen Fachgeschäften.



Bis auf weiteres noch nicht mit eigenem Laden, aber mit einem Stand am Wochenmarkt in Zug: «unverpackt».

Svenja und Nadia, zwei junge Frauen aus dem Ägerital haben die Initiative ergriffen und wollen Säfte, Salate, Getreide und andere geeignete Produkte unverpackt oder in Mehrwegverpackungen anbieten. Für das Projekt eines Ladens in Unterägeri lancierten sie ein Crowdfunding. Die Finanzierung auf diesem Weg ist leider gescheitert. Die Arbeit war aber nicht vergebens: Die Leute vom Bioladen Haas in Unterägeri prüfen die Idee, in ihrem Geschäft jetzt auch «Unverpackt»-Produkte anzubieten. Svenja und Nadia geben ihre Idee deswegen nicht auf, sie wollen ein neues Konzept erarbeiten, an einem neuen, eventuell besser geeigneten Standort einen Laden realisieren. In der Zwischenzeit werden sie weiterhin am Samstagmarkt auf dem

Landsgemeindeplatz in Zug mit ihrer Saftbar präsent sein, in Gesprächen mit interessierten Personen ihre Ideen weiterentwickeln und Kundinnen und Kunden überzeugen.

Kontakt:

<https://unverpackt-zug.jimdo.com>
unverpackt.zug@gmail.com

Pumpipumpe

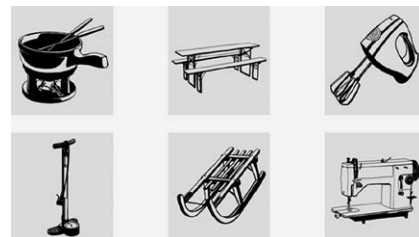
«Hast du eventuell eine starke Schlagbohrmaschine?» Mein Nachbar steht vor der Tür und fragt, fast ein wenig verlegen. Sicher habe ich. Und auch eine Kabelrolle, eine Heckenschere, eine Velopumpe, eine Teigknetmaschine, einen Racletteofen und viele weitere Hilfsmittel,



So sieht dann ein typischer Briefkasten aus.

Apparate und Maschinen, die nur einmal im Jahr im Einsatz stehen! Schlecht genutzte Ressourcen also. Hier setzt die Aktion «pumpipumpe» an. Kleber an meinem Briefkasten zeigen den Nachbarn an, was sie bei mir ausleihen können. Sie selber haben auch Kleber angebracht, so wissen wir, bei wem wir für was

klinglein sollen. Die genauen Bedingungen des Leihens und Verleihens können von Fall zu Fall festgelegt werden, von aussen ist nur sichtbar, wer was anbieten kann. Leihen und verleihen ist das Motto, nicht etwa mieten!



Solche Kleber am Briefkasten zeigen den Nachbarn, was ich ihnen gerne ausleihe bei Bedarf.

Die Grundidee beschränkte sich auf Leihen und Verleihen in der Nachbarschaft. Wer will, kann aber auch auf einer Karte anzeigen lassen, was er oder sie zu verleihen hat (http://www.pumpipumpe.ch/map/page_v2/). Auf der Karte erscheint kein Name, nur die Adresse, also der Standort des Briefkastens.

Die Kleber bestellt man online bei «pumpipumpe» oder findet sie in Zug bei PAETTERN Lightup Atelier.

Kontakt:

PAETTERN Lightup Atelier
 Alpenstrasse 13, 6300 Zug

www.paettern.ch
info@paettern.ch
<http://www.pumpipumpe.ch>

Foodwaste – Foodsharing

Elisabeth Arnold und Hansruedi Küttel
Bild Lebensmittelretten.de

Die einen reden von «Foodsharing», die andern von «Lebensmittel retten». Was soll das? Im Kampf gegen die Verschwendung von wertvollen Lebensmitteln funktioniert auch in Zug eine gute Organisation, sie braucht aber noch personelle Unterstützung.

Planungsfehler in Haushalten, Gastronomie- und Handelsbetrieben sorgen dafür, dass täglich gute, gesunde, brauchbare Lebensmittel im Kehrriech landen. Gegen diese Verschwendung von Ressourcen wehren sich inzwischen viele Leute mit Worten. Wichtiger aber sind Taten!

Ruccolapesto, Karotten-Süsskartoffel-Suppe, bunte Salate, Schoggibrötli, Erdbeertörtli, Vanillekrapfen und noch viel mehr, so weit das Auge reicht. Die Leckereien türmten sich auf den Tischen, hunderte von Menschen genossen die Köstlichkeiten am Foodsave-Bankett im September letzten Jahres in Bern, die engagierte Foodsaver mit Spitzenköchen am Nachmittag gezaubert hatten. Die Begeisterung war riesig und die Menschen staunten: «Aber das kann man ja alles noch essen!», hört man aus verschiedenen Ecken. Ja, Menschen lieben es, das Offensichtliche zu benennen. Und doch ist es anscheinend eben nicht für alle offensichtlich.

Sauber und gut etabliert

Solche Events zeigen der breiten Öffentlichkeit, was es heute heisst, Lebensmittel zu retten. Leider ist der Ruf des «Lebensmittel-Rettens» bei manchen immer noch schmutzdelig: Sie denken zuerst an das sogenannte «Containern», an Menschen, die in dreckigen Mülltonnen herumkriechen und faule Bananen herausfischen. Moderne Technologie und gute Organisation auf Online-Plattformen haben den Kampf gegen Verschwendung und Überfluss in unserer Gesellschaft zu einer sehr sauberen und professionalisierten Form weiterentwickelt. Es sind nicht Wilde, sondern engagierte Menschen aus allen Gesellschaftsschichten und

Altersgruppen, die etwas für die Umwelt, die Menschen und ihr Gewissen tun wollen. Der Anfang ist übrigens leicht: selber richtig planen, einkaufen und bewirtschaften. In unseren Abfällen findet sich heute im Durchschnitt 320 Gramm Essen pro Person und Tag – noch geniessbares Essen!



Gute, gesunde, wertvolle Lebensmittel, welche vor der Müllabfuhr bewahrt werden können.

Aktiv werden leicht gemacht

Die Etablierung verschiedener Gruppierungen und Plattformen in der Schweiz geht vorwärts. Immer mehr Menschen, die sich mit Umwelt und Nachhaltigkeit auseinandersetzen, wollen aktiv werden. Bei www.foodsharingschweiz.ch kann man sich anmelden, sich mit dem Thema vertraut machen. Noch zu wenig gepflegt sind leider die Karten mit den Betrieben, bei denen man Essen abholen kann und den sogenannten «Fairteilern», den Kühlschränken, in welchen Lebensmittel deponiert und abgeholt werden können.

Jerry, der sich seit ein paar Jahren mit 360 anderen Foodsavern in Zürich engagiert und nun in Zug aktiv am Aufbau einer neuen Community betätigt, sagt: «Es gibt mir Genugtuung, wenn ein Projekt funktioniert und ich mitbestimmen kann, welche Richtung es einschlägt.»

In Zug bestehen Kontakte zu einigen Betrieben und es stehen an zwei Standorten (Zug: JAZ, Lade für Soziokultur, Kirchenstrasse 7 und Cham: Jugendarbeit, Jac, Hünenbergerstrasse 3) Fairteiler-Kühlschränke, in denen man sich bedienen kann. Noch wichtiger wären aber jetzt Helferinnen und Helfer, welche die Pflege oder Bewirtschaftung dieser Kühlschränke übernehmen würden, sowie Personen, welche das Thema weitertragen, mit weiteren möglichen Lieferanten verhandeln und neue Fairteiler-Standorte realisieren könnten.

Auf Konsumentenseite ist noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten. In fast jedem Privathaushalt besteht noch Potenzial!

Kontakt Zug:

zug@lebensmittelretten.de
www.facebook.com/foodsharingzug

Projekt Baar unterstützen:

www.zugerkb.ch/125-jahre/projektwettbewerb/foodwaste-festival

Allgemeine Info:

foodwaste.ch

Repair Café

Marlies Engler und Paola de Coppi
Bild Paula Gisler

24

Die Musikdose ist schon lange defekt und unansehnlich, doch die ältere Dame kann sie einfach nicht wegwerfen; zu viele Erinnerungen sind mit ihrem Klang verbunden. An der Kinder-Baggerschaufel ist ein Arm gebrochen. Man ärgert sich, denn ein Ersatzteil gibt es nicht. Der ganze Bagger muss weggeworfen werden, dabei wäre der ganze Rest noch voll funktionsfähig. Die Kaffeemaschine läuft nicht mehr. Die Auskunft im Geschäft ist so wie erwartet: man könnte sie reparieren, aber der dafür verlangte Pauschalbetrag ist beinahe so hoch wie das Sonderangebot, mit dem man sich eine neue kaufen kann.

Immer wieder erleben wir solche Situationen. Ratlos stehen wir vor der Situation, dass wir trotz eigentlich gutem Willen selber zur Erhöhung des Abfallberges beitragen – einfach, weil die Alternative zum Wegwerfen fehlt. Die Wegwerfmentalität und der Ressourcenverschleiss in unserer Gesellschaft haben aber ein Ausmass angenommen, das dringend ein Umdenken erfordert.

«Flicke, teile, sorg ha»

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken haben die Zentralschweizer Umweltdirektionen die Kampagne «e chline Schritt: flicke, teile, sorg ha» ins Leben gerufen. Damit soll die Bevölkerung schrittweise zum nachhaltigen Konsum ermuntert werden. 2017 ist der Schwerpunkt auf das «Flicken» gelegt, 2018 wird das «Teilen» thematisiert und 2019 das «Sorge tragen». Mit der Kampagne will man Leute mit verschiedenen Aktionen zum Mitmachen motivieren. Die Initiatorinnen des ersten Repair Cafés sind diesem Aufruf gefolgt, um kleine Schritte zum nachhaltigen Konsum erlebbar zu machen. Im Repair Café werden Besucherinnen und Besucher von erfahrenen Fachpersonen unterstützt und angeleitet ihr defektes Gerät zu reparieren. Die Reparaturprofis arbeiten ehrenamtlich und stellen ihr Fachwissen und das passende Werkzeug kostenlos zur Verfügung. Repair Cafés werden schweizweit auch vom Schweizerischen Konsumentenschutz gefördert und erfolgreich in vielen Orten durchgeführt.



Das erste Repair Café in Zug war ein Erfolg, weitere sollen folgen. Hilfst du mit?

Ein anregendes Chaos

Vorbereitet von den Organisatorinnen Paola De Coppi und Marlies Engler startete am 20. Mai im Freizeitzentrum Loreto in Zug das erste Repair Café. Rund ein Dutzend hochmotivierte Profis in verschiedensten Bereichen richteten ihre Arbeitstische ein und warteten gespannt auf mögliche Kundinnen und Kunden. Diese kamen dann auch recht zahlreich und brachten die unterschiedlichsten Gegenstände mit, in der Hoffnung, diese zu neuem Leben erwecken zu können. Bald war ein reges Treiben in Gang, die jeweils zuständigen Profis nahmen sich der defekten Geräte an, stellten fest, was gemacht werden muss, diskutierten Lösungsmöglichkeiten und setzten diese um. Dabei wurde immer darauf geachtet, dass man die Besitzerinnen oder Besitzer der Geräte möglichst in den Prozess einbeziehen konnte. Wer warten musste, hatte Gelegenheit, sich bei Kaffee und Kuchen mit anderen Gästen auszutauschen oder bei einer

Reparatur zuzuschauen. Dies führte zeitweise zu einem kleinen, aber kreativen Chaos, das sehr anregend wirkte. Nach fünf Stunden in bester Stimmung waren von 38 defekten Gegenständen 25 geflickt; auch die eingangs erwähnte ältere Dame konnte ihre Spieldose glücklich wieder in Betrieb setzen. Bei einigen Geräten hatte sich eine Reparatur aber nicht mehr gelohnt, bei anderen müssen noch Ersatzteile organisiert werden.

Positive Rückmeldungen

Alle Beteiligten äusserten sich sehr positiv über den ersten Durchgang des Repair Cafés. Sobald sich dieses etabliert hat, sollen auch Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit ergänzenden Angeboten der «Nachbarschaftshilfe», wie einer Tauschbörse oder Ausleihangeboten, gesucht werden. Die beiden nächsten Daten stehen bereits fest: 26. August und 28. Oktober. Das Organisationsteam sucht noch zusätzliche Reparaturprofis und freiwillige Helferinnen und Helfer, z.B. für die Gestaltung einer Website und die Ausweitung des Angebots.

Kontakt:

Paola De Coppi,
repaircafezug@gmail.com



Aus welchem innerschweizer **Medienprodukt** ist das folgende Zitat: «Wenn man sich einige der zig Sparmassnahmen zu Gemüte führt, muss man auch sagen: So schlecht ist mancher Posten nicht. (...) Etwa die Tatsache, dass nun doch kein dritter semistationärer Radarblitzer für die Zuger Polizei angeschafft wird. Schliesslich zockt die Zuger Polizei schon seit Jahren Autofahrer ab, und sei es nur, wenn sie um einen einzigen Stundenkilometer zu schnell fahren. Da geht es eindeutig nicht mehr nur um die Sicherheit im Strassenverkehr, sondern vor allem um das Füllen des Staatssäckels.»

Es ist dasselbe, welches den **NFA als Teufel** illustriert:



Und dasselbe, welches anlässlich des offiziellen Baubeginns eine **Lobeshymne** auf die Tangente Zug/Baar anstimmte, mit der Einleitung «Doch zunächst profitieren die Fussgänger und Velofahrer von der Tangente.» So so – die

Fussgänger und Velofahrer kriegen nämlich eine neue Brücke. Nachdem vor drei-viertel Jahren die Fussgängerunterführung zugemacht wurde. Denn gebuddelt wird in Inwil ja schon länger.

Für die eher wenigen in Zug, welche sich für das Schicksal von **Zentralplus** noch interessieren, war das Entsetzen gross: der bei der «Zuger Zeitung» rausgeschmisse Wolfgang Holz ist zum Quasi-Chef der Zuger Redaktion berufen worden. Gegangen wurde er nicht wegen akutem Linksdrahl, sondern weil Auto Sudan – der mit den vielen Ferrari und Maserati an der Baarerstrasse in Zug – seine Inserate sistierte. Holz war ihm mit einem nicht zu Ende recherchierten Artikel auf den Schlips getreten. Ob sein schmutzig-bösartiger ganzseitiger Artikel gegen die alternativ-grüne Gemeinderätin in Baar auch geholfen hatte, wissen wir nicht.

Apropos «Baubeginn» Tangente – in der «Zuger Zeitung» erfuhr die geeignete Leserschaft immerhin, dass der Baudirektor die Probleme bei der Kommunikation – konkret die schlechte Information der Bewohnerschaft in Inwil – einräumte. Hürlimann hat da noch eine **Tännler-Erbenschaft**, nämlich den ehemaligen ZZ-Journalisten Freddy Trütsch, der auf seine alten Tage hin noch in die Baudirektion als Medienverantwortlicher wechseln durfte.

Aber Halt – Holz wagte in seinem Tangenten-Artikel

doch einen Hauch Kritik – nämlich dass Baudirektor Hürlimann seines Vorgängers Tännlers Strassenverdienste **mit keinem Wort** würdigte. «Ist dies gar ein unausgesprochener Affront Hürlimanns gegen seinen Amtsvorgänger Tännler?», fragt Wolfi besorgt. Und das hat rein gar nichts damit zu tun, dass Tännler sich für die Zentralplus-Werbung einspannen liess.

Wer beim Besuch Trumps in Saudi-Arabien wen für was eingespannt hat, kommt langsam ans Tageslicht. Und dass eines der hässlichsten Regimes auf dieser Welt – Köpfen von Regimegegnern inklusive – durchwegs als Monarchie statt als die Diktatur, die sie ist, bezeichnet wird, hat überhaupt nichts mit dem **ÖL** zu tun.

Und es hat auch nichts mit Öl zu tun, dass der Wortführer der Gegnerschaft der «Energiewende»-Präsident von Swissoil (und Präsident der AVES = politischer Arm der Atomlobby) ist. Da ist es doch tröstlich, dass nach verlorener Abstimmung SVP-Parteipräsident **Rösti** in der «Zuger Zeitung» unter dem Titel «Der Atomlobby geht die Luft aus» über den wahrscheinlichen Exitus der AVES befragt wird.

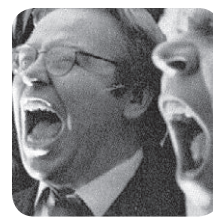
Vielleicht wäre das Resultat bei dieser Abstimmung noch klarer ausgefallen, wenn ein Flugblatt mit dem Votum von SP-Nationalrat Beat Jans in alle Haushaltungen verteilt worden wäre: «In der Nationalratsdebatte zur Ratifizierung



Together we prevail = «Zusammen setzen wir uns durch». Das Motto beim Besuch Trumps in Saudi-Arabien. Praktisch gleichzeitig fanden im Iran Wahlen statt, welche von den Reformkräften gewonnen wurden. Trump überschwemmt Saudi-Arabien mit Waffen und will die Aufhebung der Sanktionen gegen Iran wieder rückgängig machen ...

des Pariser Klimaabkommens durch die Schweiz musste ich noch etwas loswerden. Zwei Organisationen haben in der Vernehmlassung den Beitritt der Schweiz zum Klimaabkommen abgelehnt: Die SVP und Swissoil. Swissoil ist der Dachverband der Schweizer Ölhändler. Ihre Abhängigkeit von den internationalen Ölkonzernen macht sie zu deren Schweizer Lobby-Ableger. Die SVP predigt die Unabhängigkeit der Schweiz vom Ausland, wo sie nur kann. Energiepolitisch macht sie genau das Gegenteil: Mit ihrem Lobbying für fossile Brennstoffe macht sie uns vom Oligopol der internationalen Ölkonzerne abhängig.» Und damit auch von Öldiktaturen wie Saudi-Arabien.





26

Täglich grüsst das Murmeltier

Andreas Lustenberger,
Präsident Alternative – die
Grünen Kanton Zug

Schon wieder ... denkt man sich zurzeit als Zuger Kantonsrätin oder Zuger Kantonsrat. Es vergeht praktisch kein Tag, an dem die Regierung nicht schon wieder eine Mitteilung verschickt, in der sie weitere Sparmassnahmen ankündigt. Während einige Massnahmen bereits auf 2018 geplant sind, ist der grosse Hammer dann auf 2019 angedacht. Mit über 300 Massnahmen will der Zuger Regierungsrat das selbstverschuldete Defizit auf den Rücken der Bevölkerung überwälzen. Die Massnahmen würden wiederum einen massiven Leistungsabbau zur Folge haben und das alles nur, weil die Zuger Finanzgilde nicht bereit ist, die Steuerprivilegien für juristische Personen rückgängig zu machen. Im Film «Täglich grüsst das Murmeltier» muss der TV-Moderator Phil Connors aus seinem gewohnten Leben ausbrechen und Gutes tun. Nur so kann er den Alltagstrott durchbrechen und einen Schritt vorwärtskommen. Das sollte sich auch der Zuger Regierungsrat zu Herzen nehmen und eine alternative Finanzpolitik einschlagen. Denn als Murmeltiere sich gemeinsam im Bau in filziger Wärme wohl zu fühlen mag zwar für die kleinen Nager genügen, nicht aber für die Gesamtheit der Zugerinnen und Zuger.

Alptraum – Das letzte Abenteuer

Montag, 11. September,
20 Uhr
Kino Gotthard

Filme über das einfache Leben auf der Alp haben Konjunktur. Vom verkitschten Heimatfilm mit listig schmunzelnden Bartlis im tannigen Hemd bis zum seriösen Porträt einer jeden Luxus entbehrenden Existenz umfasst das Genre die ganze Bandbreite ... dachte man bisher. Doch Manuel Lobmaiers Film passt in keine der gängigen Schubladen. In «Alptraum» fühlt sich die viel zitierte Freiheit in den Bergen bald mehr wie ein stotziges Gefängnis an.

Dabei beginnt alles so harmonisch: Zwei langjährige Kumpels wollen zusammen einen Sommer als Sennen auf der Alp verbringen. Im Zentrum ihrer Absicht steht weniger die Arbeit mit den Kühen als vielmehr das Wiederbeleben ihrer Freundschaft, das gemeinsame Abenteuer, das gemeinsame Musizieren und dann wollen sie darüber auch noch einen Film drehen.

So machen sie sich voller Vorfreude auf. Kein Gedanke daran, dass es auf der Alp die ganze Zeit seichen kann wie eine inkontinente, himmlische Kuh, dass auf der benachbarten Alp nicht nur Schafe sömmeren und dass man zu zweit ganz schön einsam sein kann – vor allem, wenn einer zu viel ist.

Doch genau so kommt es dann heraus und nicht nur der Traum von der Alp zerfällt auf den zerklüfteten Felsen ...

«Alptraum» ist die stellenweise urkomische Chronik eines Projekts, das an den äusseren Umständen ebenso scheitert wie an den eigenen Ansprüchen. Süffig geschnitten und mit starker Bildsprache zeigt der Film exemplarisch auf, was auf einer Alp auch passieren kann. Alpträumern zur Abschreckung empfohlen.

Manuel Lobmaier ist im Kino anwesend.



Freundliche Grüsse
Martin Bucher
FLIZ FilmliebhaberInnen
Zug

Mittwoch, 5. Juli,
Alternative Monatsbar
im Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug
ab 18.30 Uhr Feines von den Köchinnen und Köchen der Alternative – die Grünen Menzingen

Samstag, 26. August,
Repair Café der Stadt Zug
Bring deine kaputten Sachen ins Loreto, ReparaturexpertInnen flicken sie ehrenamtlich.

Samstag, 2. September,
Sonntag, 3. September,
Zentralschweizer Biomarkt
Landsgemeindeplatz Zug

Mittwoch, 6. September,
Alternative Monatsbar
im Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug
ab 18.30 Uhr Feines von den Köchinnen und Köchen der Grünen Risch-Rotkreuz
18.30 bis 19 Uhr GV Bulletin
ab 20 Uhr Diskussion zur AHV-Reform

Samstag, 9. September,
Grüne Debatte
Basisveranstaltung der Grünen Schweiz in Aarau, alle Mitglieder sind eingeladen.
Infos und Anmeldung:
www.gruenedebatte.ch

Freitag, 22. September,
Filme für die Erde
Dokumentarfilm-Festival,
Programm:
filmfuerdieerde.org
HelferInnen gesucht:
selina.niederberger@filmfuerdieerde.org



Mittwoch, 4. Oktober, Alternative Monatsbar
im Siebchsaal, Chamberstrasse 33, Zug
ab 18.30 Uhr Feines von den Köchinnen und Köchen der Grünen Steinhausen
ab 20 Uhr Die Basis bestimmt: Kantonales Initiativprojekt

Samstag, 28. Oktober, Repair Café der Stadt Zug
Bring deine kaputten Sachen ins Loreto, Reparatur-expertInnen flicken sie ehrenamtlich.

Laufend über den Sommer und Herbst Thementreffs
Die drei kantonalen Arbeitsgruppen «Kinderbetreuung», «Masterplan Velo» und «Finanzen/Steuern/Rohstoffhandel» treffen sich regelmässig. Interessiert? Melde dich beim Seki!

Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative – die Grünen Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro
Alternative – die Grünen Zug:
Mo und Do 9–16 Uhr
E-Mails an:
info@alternative-zug.ch
werden von Mo–Fr bearbeitet.

Alternative – die Grünen Baar

Anna Lustenberger-Seitz
info@alternative-baar.ch

Alternative – die Grünen Menzingen

Barbara Beck-Iselin
b.beck-iselin@bluewin.ch

Alternative – die Grünen Unterägeri

Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-stadt.ch

Forum Oberägeri

Philipp Röllin
roellin.ph@bluewin.ch

Grünes Forum Hünenberg

Rita Hofer
rita_hofer@bluewin.ch

Grüne Risch-Rotkreuz

(ehemals Gleis 3 Alternative Risch)
Heinz Widmer
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

Grüne Steinhausen

Edith Seger Niederhauser
Postfach 123
6312 Steinhausen
steinhausen@gruene-zug.ch

Junge Alternative Zug

Alessandro Perucchi und
Konradin Franzini
Metallstrasse 5, 6300 Zug
junge.alternative@gmx.ch

Krifo Alternative Cham

Sha Ackermann und
Roman Ambühl
cham@alternative-zug.ch

Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat

www.alternativefraktion.ch/
kantonsrat.html

Grüne Partei Schweiz

www.gruene.ch

Facebook 
fb.com/AlternativeZug

Twitter 
@AlternativeZG

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen.

BULLETIN
Nr. 2, 8. Juli 2017
erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse:
BULLETIN Alternative – die Grünen Kanton Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug

Redaktion:
Natalie Chiodi
Jonas Feldmann
Hansjörg Glauser
Hansruedi Küttel
Lorenzo Martinoni

Kontakt:
bulletin_redaktion@bluewin.ch

Lektorin: Kathrin Graffe

Gestaltungskonzept:
S.H.E.D. GmbH

Produktion:
Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cycclus Print
(100% Recycling-Papier)

Titelbild: Paula Gisler

Nutzaufgabe: 800 Ex.

Abonnement: Fr. 25.–
KleinverdienerInnen: Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–
Mitgliederbeitrag Verein
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6300 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss

Nr. 3/2017:
Freitag, 16. September 2017

Erscheinungsdatum
Samstag, 30. September 2017

DAS BULLETIN
www.bulletin-zug.ch

P.P. 6300 ZUG Post CH AG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Metalstrasse 5, 6300 Zug

